

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Albert, Magdeburg. — Verantwortlicher Schriftführer: August Sabian, Magdeburg. — Verlag von Verubard Garbaum, Magdeburg. — Druck von Franz 2. Nr. 18. Magdeburg, Donnerstag den 22. Januar 1903. 14. Jahrgang.

Erklärung.

In der heutigen Sitzung des deutschen Reichstages ist durch den ersten Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ein die durch die Verfassung garantierte Redefreiheit der Abgeordneten vernichtender Gewalttätigkeit verübt worden, gegen den wir im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion hiermit öffentlich Protest erheben, nachdem der Redner, Parteigenosse v. Vollmar, vergeblich versucht hat, in der Sitzung sein Recht zu wahren.

Vollmar beabsichtigte im Laufe seiner Staatsrede die Äußerungen zur Sprache zu bringen, die der Kaiser in seinen bekannten Reden in Essen und Breslau im Dezember v. J. gegen die deutsche Sozialdemokratie gerichtet hat. Das zu tun hatte Vollmar nach den bisherigen, durch den Präsidenten Herrn Grafen v. Ballestrem selbst im Reichstage eingebürgerten Regeln volles Recht.

Der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, hat in den Sitzungen des Reichstages vom 21. Januar 1899, ferner vom 21. Juni 1899 und endlich vom 12. Dezember 1899 ausdrücklich erklärt, daß er eine Besprechung kaiserlicher Reden in angemessener Weise, sobald sie authentisch, a. B. durch den „Reichs-Anzeiger“ bekannt geworden seien, zulassen werde.

Obwohl nun die Reden in Essen und in Breslau im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden sind, und obwohl Vollmar auf Einwendung des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ausdrücklich erklärt hatte, er werde den Fall Krupp, mit dem jene Reden in Verbindung stehen, mit keinem Worte erwähnen, sondern sich ausschließlich auf die Kritik der gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Beschuldigungen des Kaisers beschränken, so ließ der Präsident diese Kritik nicht zu.

Dieser Willkür des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ist um so unerhörter, als er es in der Ordnung fand, daß sowohl in der gestrigen als in der heutigen Sitzung des Reichstages das Schweinmörder Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern, das im „Reichs-Anzeiger“ nicht veröffentlicht worden ist, in der gründlichsten Weise erörtert wurde, insbesondere auch durch den Zentrums-Abgeordneten Dr. Schäbler.

Da die Geschäftsordnung des Reichstages keinen Weg bietet, diesen nur bei Kenntnis der Geheimgeschichte des Falles Krupp verständlichen Gewaltakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, im Reichstage selbst zur Erörterung zu bringen, so wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Wir überlassen dem deutschen Volke, über dieses durch den Präsidenten des Reichstages auf die Redefreiheit der Abgeordneten verübte Attentat das Urteil zu fällen.

Berlin den 20. Januar 1903.

Im Namen und Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages.

Der Fraktionsvorstand.

Sebel. Meister. Pfannkuch. Singer.

Der Nemesis erster Akt.

Wp. Wie der Dieb in der Nacht, in scheinbarer Gast mit jeder Minute geizend, so arbeitete die Zollmehrheit. Und frug man, weshalb diese Eile, so hieß es: man müsse den Zolltarif verabschieden, um schleunigst Handelsverträge zu schließen. Der Schwindel war klar, es war nur ein Spiel mit dem Wort „Handelsvertrag“. Nicht jeder Handelsvertrag ist nützlich, sondern nur ein solcher, der die Produktion fördert. Aber gerade für den Abschluß solcher Verträge ist der Hochschutzzoll das größte Hindernis. Der Schutzzoll ist ein doppeltes Uebel: erstens, da er das inländische Volk ausbeutet, zweitens, da er das Ausland veranlaßt, sogar zwingt, seinerseits Zölle aufzurichten, wodurch dann die deutsche Ausfuhr und die Entwicklung der deutschen Industrie gehindert wird.

Verträge werden geschlossen werden — so erklärten wir schon damals — aber es wird ein Ausgleich der Nachteile sein, ein Ausgleich gegenseitiger Uebervorteilungen. Verträge nach dem Prinzip: „Schlägst du meinen Juden,

so schlage ich deinen Juden!“ Verträge, bei denen der Fiskus reich wird durch die Armut des Volkes.

Und schon haben wir die offizielle Bestätigung dafür, daß wir recht hatten. Sie kommt aus Oesterreich. Der Telegraph berichtete bereits, daß der neue österreichische Zolltarif starke Zollerhöhungen enthalten wird. Hören wir den österreichischen Ministerpräsidenten: „Nicht direkt durch das Zoll- und Handelsbündnis (mit Ungarn), aber um so dringender durch die Gestaltung der Zolltarifpolitik der andern Staaten... war die Erstellung eines neuen autonomen Zolltarifs, und zwar nach den gleichen, unserer Produktion angepaßten Grundsätzen, wie die andern Staaten sie angenommen haben, geboten.“

Und so legt denn die österreichische Regierung einen Tarif vor, der vor allem nicht minder „spezifiziert“ ist, als der neue deutsche. Die deutschen Bureaucraten haben sich wunder was darauf zu gute getan, daß sie die feinsten Preisunterschiede der Waren mit dem Zoll erfassen — jetzt wendet Oesterreich dasselbe System gegen Deutschland an. „Schlägst du meinen Juden, schlage ich deinen Juden!“ Was das zu bedeuten hat, wenn für Eisenwaren 193 Zollpositionen geschaffen werden, für Baumwollgarne allein 25, für Wollgarne gar 47 — das weiß jeder Fabrikant und jeder Arbeiter. Der Zoll ist so hoch, daß man billigere Ware kaum mehr liefern kann. — legt man aber mehr Sorgfalt auf die Qualität, so muß man einen höheren Zoll zahlen! Jeder Fortschritt der Technik, jede Verbesserung wird mit einem Zoll belegt. Herr von Förber meinte: „Diese sorgfältige Abstufung gestattet einerseits die genaue Uebereinstimmung des Zolltarifs mit dem Handelswerte des Produkts und andererseits den sicheren Schutz des heimischen Erzeugnisses, wobei auch jenen Veränderungen besser Rechnung getragen werden könnte, die durch den Fortschritt der Wissenschaft und Technik bedingt sind.“ Die österreichische Regierung glaubt also, durch Zollerhöhungen den Fortschritt der Wissenschaft und Technik an der österreichischen Grenze zurückhalten, für Oesterreich entbehrlich machen zu können — inwiefern sie damit im eignen Lande Erfolg hat, wird sich zeigen, daß sie dadurch die deutsche Exportindustrie schädigt, liegt auf der Hand.

Zahlen über die Erhöhung der österreichischen Industriezölle liegen noch nicht vor. Aber man erhält schon eine Vorstellung von dem, was kommt, aus folgender Uebersicht, die der Ministerpräsident gab: „Die Baumwollspinnerei erhält eine neue Staffel für feinere Garne, die Kammgarnspinnerei erhöhten Schutz für melierte Garne, die Weberei entsprechend abgestufte und vielfach erhöhte Sätze bei den meisten Baumwollgeweben, bei den mittelfeinen Wollwaren, bei Leinenbatisten, fassonierten Seidenstoffen und Wändern; die Papierindustrie bei einzelnen Papierforten und insbesondere bei der Papierkonfektion; die Hautschuhindustrie bei Galoschen, Weich- und Hartgummiartikeln; die Holzindustrie bei Möbeln, Drechsler- und Knopfwaren; die Eisenindustrie bei Eisenkonstruktionen, Draht- und Blechwaren, Werkzeugen, Schloßern, Messerschmiede- und sonstigen Kleinisenartikeln; die Maschinenindustrie bei Dampf-, Textil- und einigen landwirtschaftlichen Maschinen, bei Dynamos und Elektromotoren; die Metallindustrie bei gegossenen und geschmiedeten Artikeln, bei leinigen Waren und Goldarbeiten, die chemische Industrie für gewisse Gruppen einen Zoll von 10%.“ Das sind alles Industrien, bei denen Deutschland das größte Exportinteresse hat. Der Wert der deutschen Waren, die unter diesen Titeln nach Oesterreich ausgeführt werden, beziffert sich jährlich auf Hunderte von Millionen!

Aber nicht nur die Industrie wird getroffen. Die österreichische Regierung hebt extra hervor: „Die bezüglichen Sätze des Zolltarifs beziehen sich... nicht nur auf die eigentliche Großindustrie, sondern — und zwar mit besonderer Sorgfalt — auch auf die mannigfachen Erzeugnisse des Gewerbes der Klein- und Hausindustrie, die Tätigkeit. Sie erstrecken sich insbesondere auf die Stickerie, die Wäckerie und Strickerie, die Gewerbe der Seiler, Sutmacher, Tischler, Drechsler, Töpfer, Schmiede, Spängler, Schloßer, Gürtler, Messer- und Scherenfabriken, Feinmechaniker, Gold- und Silberarbeiter usw.“ Das haben die deutschen Handwerker davon, daß sie sich von politischen Abenteuerern und Karren am Gängelbande führen lassen! Das ist der Lohn für den nationalen Chauvinismus des „Mittelstands“, der um Deutschland eine chinesische Mauer errichten möchte! Was können die Schutzgölner den Oesterreichern vorwerfen? „Wie du mir, so ich dir!“

Wie 1892 wird auch diesmal der Handelsvertrag mit Oesterreich maßgebend sein für die übrigen Handelsverträge. Oesterreich macht erst den Anfang, die anderen Staaten kommen nach. Und sie werden sicher nicht minder entschieden

vorgehen. Deutschland wird für seine eigenen und für Oesterreichs Sünden zu büßen haben. Oesterreich erhöht seine Agrarzölle. Die Scribafage der bürgerlichen Tagespresse erklären: das gehe Deutschland nichts an. Aber wenn Rußland und Amerika sich nicht nur vom deutschen, sondern zugleich vom österreichischen Getreidemarkt abgeschnitten sehen, so werden sie doch offenbar um so eher Zollkompensationen ergreifen. Der Weltmarkt kennt keinen isolierten Staat: die deutschen Agrarzölle führen zu einem allgemeinen Zollkampf zwischen den Industriestaaten und den Agrarstaaten der Welt.

Begreift man jetzt, warum die Zollmehrheit solche Eile hatte? Es war wirklich keine Zeit zu verlieren; war schon die durch die Zolltarifvorlage geschaffene Erbitterung groß, wie mußte sie erst steigen, nachdem die handelspolitischen Folgen des Hochschutzzolls bekannt geworden wären? Wird der Arbeiter noch zu bändigen sein, dem man das Brot verteuert und die Arbeitsgelegenheit raubt?! Darum hieß es, so schnell wie möglich eine „fertige Latzache“ schaffen!

Aber noch hilft sich die Hande ihres Raubes nicht sicher. Wie eine Bestie, die über ihre Beute herfällt, knurrend und die Zähne fleischend sich umschaut, also ist die Reichstagsmehrheit auf der Hut gegen das Volk und droht, ihm durch Gesetze neue Wunden zu schlagen. So ernst die Drohung mit der Aenderung des Wahlrechts und den sonstigen Entschärfungen auch ist, so ist sie doch zugleich ein Schreckmittel; man will die Opposition einschüchtern, man will ihre Energie lähmen, indem man ihr bange macht um das viele, das auf dem Spiele steht. „Nacht ab vom Zolltarif, sonst geht's um den Parlamentarismus, um das Wahlrecht, um die politische Freiheit! Wie, hat das deutsche Volk nicht um seine Freiheit gekämpft und geblutet? Ist ihm die Freiheit ein Gnadengeßel, das ein launenhafter Wille ihm geben und nehmen kann? Sind in Deutschland Zustände möglich, die selbst in Rußland unhaltbar geworden sind?!“

Trosten wir der Bestie! Und wenn sie noch so fürchterlich schnaubt, die Augen rollt und blutigen Geißel speit — jagen wir ihr zu, daß sie in ihrer Wut ersticke! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 21. Januar 1903.

Unter dem Zepher des Parteipräsidenten!

Hg. Berlin, 20. Januar. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, aber auch nicht vor dem Abend tabeln. Nach dem mehr als lauen Verlauf der Montags-sitzung alaunbte man sich von der diesjährigen Staatsberatung nicht allzuviel versprechen zu dürfen. Der Dienstag brachte eine, wenn man will, angenehme Enttäuschung, die freilich am Bundesratsstich und auch anderswo nicht gerade besonders angenehme Empfindungen verursacht haben dürfte. Der Montag stand unter dem Zeichen des Zentrums, der Dienstag unter dem Zeichen der Sozialdemokratie. Fast handgreiflich trat der himmelweite Unterschied zwischen den mächtigsten Parteien Deutschlands hervor, von denen die eine die Vergangenheit, die andre die Zukunft, die eine die Nacht, die andre den Morgen vertritt, deren eine im Reichstag, deren andre im Volke die herrschende ist. Ein Bayer sprach am Montag als Vertreter der Zentrumsparthei, ein Bayer sprach am Dienstag als Vertreter der Sozialdemokratie, beide geschulte, erfahrene, erprobte parlamentarische Kämpfer, beide kraftvolle, den bayerischen Erdgeruch nicht verleugnende Redner, beide von ihrer Parteistellung ganz unabhängig mit einer süddeutsch-geordneten Abneigung gegen das herrschsüchtige spezifische Brevensentum erfüllt. Und doch: wie verschieden waren trotz mancher äußerlichen Ähnlichkeit die Reden Dr. Schäblers und v. Vollmars! Dort eine im einzelnen zutreffende, in ihrer Gesamtwirkung schwache Kritik an finanziellen und sonstigen Einzelheiten des herrschenden Systems, die zum Schluß in eine tiefe Verbeugung vor der „Weltpolitik“ ausmündete, hier eine unmaßstäblich die tiefsten Wurzelns bloßlegende Kritik der ganzen deutschen Reichspolitik, eine Kritik, die noch wirksamer wurde durch die strenge Sachlichkeit, mit der sie vorgetragen wurde.

Die glänzende, ca. zweistündige Rede Vollmars stand im Mittelpunkt der Dienstagsverhandlung, wie sie ihren Eingang bildete. Dr. Schäbler hatte tags zuvor Kritik an der Finanzverwaltung des Reichschatzsekretärs geübt. Ganz recht, sagte Genosse v. Vollmar, die Kritik ist schon ganz gut; leider geht sie nicht weit genug. Der Hauptschuldige an dem Manko der Reichsfinanzen ist nicht Herr v. Thielmann, sondern die bewilligungswürdige Reichstagsmehrheit, in allererster Linie das flottenchwärmerische Zentrum. Scharf ging Vollmar mit dem Zentrum ins Gericht; das hinderte ihn aber nicht, sich in Sachen Schweinmörder Kaiserdepeche nachdrücklichst allen Ausführungen Schäblers anzuschließen.

Gleich darauf kam Bollmar auf den Fall Krupp zu sprechen. Genauer: auf die Reden, die anlässlich des Falles Krupp gehalten worden sind. Oder noch genauer: er wollte auf die Reden zu sprechen kommen. Aber der Geschäftsführer der Berggewerkschaft, Präsident Graf Walldorf, hinderte ihn daran. Unglaublich, aber wahr: ein Fall, der Wochen hindurch im Mittelpunkt der inneren Politik Deutschlands gestanden hat, darf im deutschen Reichstage nicht behandelt werden! Die Vertreter des deutschen Volkes sind von ihrem gewählten Vorsitzenden zu Staatsbürgern zweiten Ranges degradiert worden, im Hause am Königsplatz darf nicht besprochen werden, was in allen Volksversammlungen, in allen Vereinen, in allen Stammtischen behandelt wird. Vergebens waren die stürmischen Proteste unserer Genossen. Nach einer kurzen, aber wilden Szene, die an die heftigsten Auftritte der Karborff-Tage erinnerte, setzte Graf Walldorf seine Maulkorbverfügung durch. Ob er dieselbe aus der Tiefe der eigenen Brust geschöpft, ob er sie mit dem Reichszangler abgekartet hat?

„Kur Helios vermog's zu sagen
Der alles Schöne bejehnt!“

Auf alle Fälle hat der Knebelgraf der Sozialdemokratie einen großen Triumph bereitet, indem er den „Fall“ nicht einmal erörtern lassen wollte, mit dem man die deutsche Arbeiterbewegung tiefer als tot zu schlagen vermeinte. — Nachdem der parteiische Präsident seinem eigenen Parteigenossen Schädler in der schärfsten Weise hatte gegen den Kaiser reden lassen, obwohl das von diesem angegriffene Telegramm nicht im „Reichsanzeiger“ gestanden hatte, verbot derselbe Vorsitzende unserm Genossen v. Bollmar mit absichtlicher und bewusster Ungerechtheit eine Rede zu besprechen, welche im „Reichsanzeiger“ gestanden hatte. Jedes Recht tritt dieser Präsident mit Füßen, weshalb ihm gewisse Fische das Wort „Parteipräsident!“ entgegenrief.

Nach v. Bollmar kam der Nationalliberale Dr. Sautler zu Worte. Er begann mit einem kleinen Slavenaufstande gegen den Gebieter seiner Fraktion, das allgewaltige Zentrum; lenkte aber alsbald wieder ein und pries die treuen Knechtsdienste, die er und die Seinen den ultramontanen Parlamentsherrschern bei der Tarifberatung erwiesen haben.

Mit bewundernswürdiger Virtuosität hatte der Herr Archidirektor den Versuch eines „Hauslektors“ ausgeübt. Die verödeten Bänke — rechts sah man nur einen ungeheuren weißen Fleck, der sich bei genauerem Hinsehen als die berühmte Vertiefung auswies — füllten sich erst wieder, als die Kunde ins Restaurant kam, daß der Reichszangler sprechen wolle. Und Bülow sprach. Ueber viele Dinge: über deutsche Sozialpolitik und Venezuela, über den toll gewordenen englischen Poeten Rudyard Kipling, über Jaures und Millerand, die er, da sie ausländische Sozialisten sind, mit den Bewürtern „ausgezeichnet“ und „groß“ schmücken durfte, über den in April erschlagenen Dichter Gortz, der heute andre Verse geschrieben haben würde, über allbezügliche Hüpfereien gegen England ujm. Von Wert war seine Erklärung, daß der Bundesrat einen Geheimschritt zum Schutze des Wahlgeheimnisses einbringen werde. Hoffen wir das beste. Auf der Journalistenwaise wurde vorgeschlagen, an dem Tage, da dieser Geheimschritt das Licht der Welt erblicken werde, die bekränzte Waise des verstorbenen Abg. Müllers, des Wortkämpfers des Wahlgeheimnisses, im Reichstagsaal aufzustellen.

Der Mehrheitsführer Karborff und der Mehrheitsführer Eugen Richter wollten zu vorgeschrittenen Stunden nicht mehr sprechen. So wurde nach belanglosen Ausführungen des Agrariers Hilbert und des Ultramontanen Dasbach die Sitzung am Mittwoch vertagt. —

Kleines Feuilleton.

— **Tollstid** neuer Roman, der den Titel „Der Seemann“ trägt, erzählt die seltsame Geschichte einer Familie „an den Ufern der Wolga“. Der Mann ist das, was man einen guten Redner nennt, dabei aber ein unverschämtester Zornesbold. Die Frau, jung, schön und anständig, langt für die Bedürfnisse des Hauses. Sie tritt, um zu erwerben, in das Bureau einer Fabrik ein und der Fabrikleiter verliebt sich in sie. Er verlangt, sie solle sich von ihrem Manne scheiden lassen und ihn zum Geizhals nehmen; der Mann würde nicht viel dagegen haben. Die Scheidung aber ist ein Luxus, den sich nur die Reichen in Deutschland leisten können, und über die dazu nötigen Summen befragt der Fabrikleiter nicht. Die beiden Verheirateten verfallen daher auf folgenden Trick: An den Ufern der Wolga wird Gut und Acker des Mannes gefunden, der Mann selber aber vertrieben. Ein die Frau, wird des Grundbesitzes, ihr Mann, der Zornesbold, habe sich des Lebens getrennt und die erste Bedingung, die dann anzunehmen ist, und es kommen so viele, wird einfach als die des Mannes angenommen. Gedacht, geirrt. Der Mann bekommt natürlich ein Stück Geld und — ist tot. So geht alles ganz gut, bis ein Tages ein Zornesbold in einer Scheide von Petersburg herbeikommt, daß er in Kask, ich liebe ja nicht, ich bin nur ein Seemann.“ Gestagt erzählt der Seemann von allem. Das Glück der beiden andern ist jäh geendet, bis die drei als Verheiratete in Gehirnen gesonnen sind. Dies der Roman, der übrigens von Tolstoj selbst dramatisiert wird und in der nächsten Saison über die Berliner Bühne gehen soll. —

— **Der Verlust** russischer Bergwerke ist ein Verlust der Welt. Er heißt die Bergwerke, die Berlin im Jahre 1870 in der Gegend von Grotzenhausen mit einer Expedition besetzen ließ und die, wie er sagt, seinen Wert mehr als einmal nur Europa überlebten. Berlin hatte solche Erzeugnisse im Jahre 1870 nach dem Reize des „großen“ Reiches, um 1870 war der Bergbau in Preußen und 1872 bis 1875 in den Jahren der Kämpfe mit dem Reich und des Herrn Schadow, im Jahre 1872 bereits bereits der russische Seemann. Das Reich: — Grotzenhausen der Grotzenhäuser hat geistliche Grotzenhäuser und Grotzenhäuser Grotzenhäuser. Eine solche Grotzenhäuser besetzt beide Grotzenhäuser aller Planeten und nach die Grotzenhäuser besetzt. Die Grotzenhäuser sind hier jenseitig besetzt, mit hochgehenden Grotzenhäuser ein Grotzenhäuser Grotzenhäuser.

— **Der Verlust** russischer Bergwerke ist ein Verlust der Welt. Er heißt die Bergwerke, die Berlin im Jahre 1870 in der Gegend von Grotzenhausen mit einer Expedition besetzen ließ und die, wie er sagt, seinen Wert mehr als einmal nur Europa überlebten. Berlin hatte solche Erzeugnisse im Jahre 1870 nach dem Reize des „großen“ Reiches, um 1870 war der Bergbau in Preußen und 1872 bis 1875 in den Jahren der Kämpfe mit dem Reich und des Herrn Schadow, im Jahre 1872 bereits bereits der russische Seemann. Das Reich: — Grotzenhausen der Grotzenhäuser hat geistliche Grotzenhäuser und Grotzenhäuser Grotzenhäuser. Eine solche Grotzenhäuser besetzt beide Grotzenhäuser aller Planeten und nach die Grotzenhäuser besetzt. Die Grotzenhäuser sind hier jenseitig besetzt, mit hochgehenden Grotzenhäuser ein Grotzenhäuser Grotzenhäuser.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

H. Berlin, 20. Januar. Das Abgeordnetenhaus ist bereits heute mit der Generaldebatte über den Etat fertig geworden. Man legte sich allgemein eine gewisse Beschränkung auf, um der Budgetkommission möglichst bald Arbeit zu liefern, um die Budgetberatung so früh als möglich beginnen zu können und als es 4 Uhr geworden war und die Rednerliste noch nicht erschöpft war, wurde einem Freisinnigen und ein paar Polen das Wort abgebrochen und kurzer Hand Schluß gemacht.

Die Debatte war auch wirklich nicht mehr wert, weiter geführt zu werden, sie verlief eigentlich noch unbedeutender als am ersten Tage. Die Dismarktpolitik, wie jetzt konstant die Antipolenpolitik genannt wird, stand auch heute wieder im Mittelpunkt der Diskussion. Der Abg. Jagdzewski, der sich, wie es heißt, nicht mehr in den Landtag wählen lassen will, war der erste Redner. Er bekämpfte natürlich den neuesten Polenkurs lebhaft, erzählte von den Bedrückungen, unter denen die Polen zu leiden haben, und die trotz der Ablehnung durch den Grafen Bülow in hohem Grade schmerzhaft sind, er bestritt das Vorhandensein einer wirklich gefährlichen national-polnischen Propaganda und streifte auch den Fall Löhring.

Den polnischen Reden antworteten zwei Minister, Herr v. Rheinbaben, der Finanz- und Herr v. Hammerstein, der Polizeiminister. Sie sagten die Polen der Vaterlandslosigkeit an, führten wohl auch einzelne über das Ziel hinaus-schießende Zeitungsstimmen an, im großen ganzen aber muß man sagen, daß sie mit patriotischen, patriotischen und auch byzantinischen Phrasen den Mangel an sachlichen Gründen zu verdecken suchten. Herr v. Rheinbaben ging kurz auf den Fall Löhring ein, er bestritt frank und frei, daß bei der Pensionierung des vielgenannten Steuerdirektors die Heirat der Feldwebelstochter irgend eine Rolle gespielt habe, daß im Gegenteil nur politische Gründe maßgebend waren. Der Fall Löhring, der sonst nicht mehr erwähnt wurde, ist damit aber sicherlich noch nicht erledigt, er wird bei der Spezialberatung wieder aufliegen und ganz leichten Kaufes wird der Finanzminister nicht davon kommen, wenn er sich auch noch so jähneidig gebärden sollte. Der Minister von Hammerstein schlug einen weniger schmeibigen Ton an, er behing sich mit einem objektiven und neutralen Mantelchen, wies es sogar als für einen Minister als nicht schicklich zurück, dem Parlamentarier als Mitglied anzugehören, was ihm nachher einen Ladel seitens des Herrn v. Staudy eintrug, aber der Reaktionsär, der in vormärzlichen Anschauungen befangen ist, guckte bei ihm aus allen Knopflöchern. Er sprach stets von Unterthanen, obwohl doch dieser Begriff längst eliminiert und durch den Begriff Staatsbürger ersetzt worden ist.

Auf ein höheres Niveau kam die Debatte durch die Reden des Nationalliberalen v. Syneru und des freisinnigen Abg. Gothein. Herr v. Syneru ist ein interessanter feiner Redner, dem man gern zuhört, auch wenn man mit ihm nicht einverstanden ist. Er hat Sarkasmus und Humor, dazu einen weit über das Mittelmaß ragenden Verstand. Was er über die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Kanalvorlage sagte, war ausgezeichnet. Sein Chauvinismus verleitet ihn jedoch zu argen Uebertreibungen; als eine solche muß es bezeichnet werden, wenn er von den Polen sagte, es gelte jetzt gegen sie zu marschieren, wie es vor dreißig Jahren gegolten habe, gegen die Franzosen zu ziehen.

Herr Gothein gab ein scharfes Bild der gegenwärtigen politischen Lage und der Abhängigkeit der Regierung von der konservativen Partei. Er zeigte scharf, wie sich

infolge der verkehrten Wirtschaftspolitik die Industrie in Schwierigkeiten befindet und die finanziellen Kräfte des Landes zurückgehen. Angriffe, die er gegen den Kanalzerstörer und Hauptankerschnie der Konservativen richtete, gaben den Anlaß zu sehr heftigen persönlichen Bemerkungen am Schluß der Sitzung. Herr Gothein bestritt darin ebenso lebhaft wie eindringlich die Behauptung des Herrn v. Zedlitz, daß er im Reichstage bei der Zolltarifvorlage Obstruktion getrieben habe.

Die drei letzten Redner waren der konservative Abg. v. Staudy, der nationalliberale Professor Dr. Friedberg und der ultramontane Herr Kirsch. Sie alle wiederholten nur, was die Redner ihrer Fraktionen schon vorher gesagt hatten.

Der Mittwoch bleibt frei, um der Budgetkommission, der wie üblich der Etat überwiesen worden ist, Zeit zur Beratung zu lassen. Am Donnerstag steht die erste Lesung des Gesetzes betr. den Vorbereitungsdienst für die höheren Verwaltungsbeamten auf der Tagesordnung. —

Deutschland.

Berlin, den 21. Januar. Unter Aufhebung der seit herigen Bestimmungen hat der Minister bezüglich der Er-gänzungsprüfungen an höheren Schulen bestimmt, daß wer das Reifezeugnis einer Oberrealschule besitzt, das Reifezeugnis eines Realgymnasiums durch Ablegung einer Prüfung im Lateinischen erwirbt und, daß, wer das Reifezeugnis eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule besitzt, erhält das Reifezeugnis eines Gymnasiums durch Ablegung einer Prüfung im Lateinischen und im Griechischen.

— Gegen die Massenansiedlungen von Büren in Deutsch-Südwestafrika sollen sich Bedenken geltend gemacht haben und zwar in den Kolonien selbst. Oberst Leutwein, der zur Zeit eine Vortragsreise durch Süddeutschland unternimmt, hat diese unterbrochen und ist zur Verichterstattung in dieser Frage nach Berlin zurückgekehrt. — Was sind das für Bedenken? Etwas ähnliche wie gegen den Empfang der Burengenerale in Berlin? —

— **Das Geheimnis der Gewalttat** Vallerstrens. Zu dem Gewalttat der parteiischen Reichstagspräsidenten schreibt der „Vorwärts“:

Es soll in der Volksvertretung das offene Wort über die Krupp-Angelegenheit und die Kaiserrede von Essen und Breslau vergewaltigt werden. Im geheimen werden die Gerichte gehen und im geheimen wird das Volk Antwort suchen auf die unabwendbar sich aufzwingende, unerbittliche Frage: Warum das Opfer des Intellekts, warum der Rechtsbruch der Wortvergewaltigung? Welche Geheimnisse bergen sich hinter der Krupp-Tragödie, daß jedes öffentliche Wort darüber erstickt werden muß?

Geheimnisvolle Einflüsse müssen sich bei dem Grafen Vallerstrens geltend gemacht haben, um dessen schändlichen Rechtsbruch herbeizuführen. —

— **Die Inschrift für die leere Reichstagsstafel**, auf welcher der Baumeister die nachher von höchster Stelle verbotenen Worte „Dem deutschen Volk“ anbringen wollte, hat jetzt die Berliner „Volksztg.“ gefunden. Sie empfiehlt folgenden Wortlaut:

„Hier gab Franz Graf von Vallerstrens, Präsident des deutschen Reichstages, der verfassungsmäßig gewählten Reichsversammlung der Vertreter des deutschen Volkes den Todesstoß am 20. Januar 1903.“

Wir zweifeln nicht, daß diese Inschrift als durchaus geeignet in allen Kreisen des Volkes anerkannt werden wird und sich auch maßgebenden Orts gegen die schlichte Wahrheit jenes Satzes nichts wird einwenden lassen. —

— **Schlachtviehverversicherung.** Das Abgeordnetenhaus hatte in einer Resolution die Regierung ersucht, in dieser Tagung einen Gesetzentwurf zur Regelung der Schlachtviehverversicherung vorzulegen. Dazu bemerkt jetzt die Regierung dem Landtag gegenüber folgendes:

Der Herr Reichszangler ist ersucht worden, zunächst eine allgemeine Umfrage an die Bundesregierungen zu richten, wie sie sich zu der Frage der Notwendigkeit einer für das Reichsgebiet gleichmäßigen obligatorischen Schlachtviehverversicherung stellen und welcher Art der Organisation einer solchen sie den Vorschlag geben würden. Dies ist inzwischen geschehen. Außerdem finden Ermittlungen statt über den Umfang des Geschäftsbetriebs der zur Zeit bestehenden Privatunternehmungen für Schlachtviehverversicherung.

Im Reichstage hatten unsere Genossen beantragt, daß jedes Stück Vieh bei einer vom Reich geschaffenen Versicherung gegen Erkrankung versichert sein muß, damit jeder Landwirt den Schaden vergütet bekommt, wenn ihm ein Stück Vieh derart erkrankt, daß das Fleisch für den menschlichen Genuß untauglich ist. Indes wurde der Antrag vom Reichstage abgelehnt, da sämtliche bürgerlichen Parteien dagegen stimmten. —

— **Graf Bülow für Jaures.** In der gestrigen Reichstagsrede des Reichszanglers heißt es u. a.:

„Willend ist ein intimer Freund des großen Redners und hervorragenden Politikers Jaures, der sich auch der sehr guten Meinung des Herrn v. Bollmar erfreut.“

Unser Genosse Jaures dürfte nicht geneigt sein, dieses Lob zu erwidern; denn so viel Phantasie besitzt er nicht, daß er den Grafen Bülow für einen „großen Redner und hervorragenden Politiker“ halten könnte. Amüsant ist ja, daß der leitende Staatsmann unsern ausländischen Parteigenossen in so auffälliger Weise lobt. Und dabei ist Jaures nicht einmal ein schlichter Mann aus der Werkstatt sondern ein Agitator, von denen manche Reichen behaupten, daß er die Arbeiter ausbeute, knechtet und terrorisiert.

Würde übrigens der „große Redner und hervorragende Politiker“ einmal nach Deutschland kommen und seine Meinung über die deutsche Regierung äußern, so würde er bestimmt als ein Ausländer, der „sich lästig gemacht hat“, ausgewiesen werden. —

— **Opfer deutscher Voreiligkeit.** Bei dem Kampf zwischen dem Kanonenboot „Panther“ und dem Fort San

Deutscher Reichstag.

(242. Sitzung.)

Berlin, 20. Januar 1903.

Von Bundesratsmitglied: Graf Bülow, Graf Posadowski, Freiherr v. Tziemann, v. Bogler, v. Tirpitz.

Die erste Lesung des Etats für 1903

wird fortgesetzt.

Abg. v. Bollmar (Soz.): Zunächst einige Worte zur auswärtigen Politik. Wir Sozialdemokraten halten geräuschvolle Machtsenkung nicht für die Hauptsache; indessen sind uns die Beziehungen zu andern Völkern nicht gleichgültig. Denn schließlich ist es das Volk, das die Kosten auch für die äußere Politik zu zahlen hat, und dann ist es uns, ohne daß wir ein überschwebendes Nationalgefühl hätten, doch auch nicht egal, wie das deutsche Volk von den übrigen Mächten angesehen wird. So kleinlich sind wir nicht, daß wir uns freuen, wenn eine uns entgegenstehende Reichsregierung möglichst ungeschickt ist und Mißgriffe begeht. Wir würden es vielmehr begrüßen, wenn wir wenigstens die äußere Politik des Reiches loben könnten. Leider ist das nicht der Fall. Man sieht in der äußeren Politik durchaus einen Mangel an festen Zielen, man bemerkt ein jahreslanges Wenden, das alle Augenblicke weiterwärtlich den Kurs wechselt, neue Improvisationen in Aussicht stellt und in beinahe aufdringlicher Weise sich an fremde Regierungen heranwirft und dadurch Mißtrauen hervorruft. Das hat sich vor allem gezeigt den Büren gegenüber von dem ersten Kaisertelegramm an bis zu der treulosen Wendung der deutschen Politik und dem schließlichen Nichtempfang Krügers. Jede Einzelheit hat den Empfindungen des deutschen Volkes auf das Entschiedenste widersprochen. Gewiß ist uns die Freundschaft Englands wertvoll, aber unsere überdimensionalen Verbindungen, die noch dazu dort sehr läßt aufgenommen worden sind, haben unser Ansehen nicht erhöht. Ueber das chinesische Abenteuer will ich nicht viel reden. Diese saute Sache soll ordentlich, gründlich und völlig aus der Welt geschafft und der Rest des Expeditionskorps aufgelöst werden. — Mittlerweile haben wir eine neue weltpolitische Sensation bekommen, die Expedition nach Venezuela. Wir wünschen nähere Aufklärung darüber, weshalb man nicht versucht hat, die Einfuhr von Haus aus auf gültigen Wege zu erledigen und Ausfuhr über die mit einer friedlichen Blockade im Widerspruch stehende Zerstörung der Schiffe und Beschießung Bueros und Maracaibos. Erstweilen sehen wir nur, daß Deutschland und England in dieser Affäre vollständig auf die guten Absichten der Vereinigten Staaten angewiesen sind, die die ganze Situation beherrschen. Dies politisch freie Land mit ungehemmter Volkskraft und machtvoller Öffentlichkeit hält ohne die Geheimnisträmerie der Bundesdiplomaten alle monarchische Staaten in Knecht. Jedenfalls wird dadurch eine Neuauflage des mexikanischen Abenteuers Napoleons 3. verhindert. Hoffentlich geht auch diese Sache, in der für uns sehr wenig Vorbeeren zu pflücken sind, bald zu Ende, damit wir nicht noch in unerquickliche Auseinandersetzungen mit unserm Bundesgenossen England hineingeraten. Eine erfreuliche Erscheinung ist der Rückgang des Chauvinismus in Frankreich. Man sollte nicht immer geistlich auf Revanche-Neuerungen hinweisen. Bei den Reden Andrees und Pelletans handelte es sich offenbar um törichte Augenblitzergüsse eines traditionellen Phrasentums. Man sollte sie am allerwenigsten bei uns ernst nehmen. Hat doch erst in den allerletzten Tagen ein aktiver preussischer General eine ähnliche Kriegsstunde gehalten, wenn auch in privater Sphäre. (Unruhe rechts.) Es war der General Liebert, der geradezu nach dem Kriege gelaufen hat. Welchen Arm würden die Alldeutschen machen, wenn ein französischer General etwas ähnliches sagen würde. Jeder Bewegung gegenüber, aus der man auf ein Neuaufleben des Chauvinismus schließen hat sich in Frankreich eine direkt entgegengesetzte Bewegung geltend gemacht, die in unserm sozialistischen Freunde Jean Jaures ihren machtvollsten Ausdruck findet. In Versammlungen, in der Presse und im Parlament hat Jaures gegen den Nennienpatriotismus protestiert und mahnend den Verzicht auf die Revanchefidee gefordert. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich ist darauf in Frankreich das auch in Deutschland übliche Geschrei über „Vaterlandsliebe“ erhoben worden: das inaussetzliche Kampfmittel, daß es gibt und das bei uns sogar von ganz hervorragender Stelle angewandt wird. Jaures hat Tausende und Millionen aus der Seele gesprochen; wie mächtig die von ihm vertretenen Anschauungen bereits geworden sind, zeigt seine jüngst erfolgte Wahl zum Vizepräsidenten der französischen Kammer, die trotz des heftigsten Widerstandes der verächtlichen Rechten, Nationalisten und Meritisten erfolgt ist. Wer solche Symptome verschweiget, legt sich dem Verdacht aus, daß ihm alles unangenehm ist, was der gegenseitigen Völkerverehrung ein Ende

zu machen geeignet ist. Mit dem Erlöscher des französischen Chauvinismus fällt die letzte Bedrohung des Dreibundes weg, wie denn ja auch dieser Dreibund unsern Bundesgenossen Italien nicht an der Annäherung an Frankreich gehindert hat. Wenn daher jetzt plötzlich Herr Schäbler den Dreibund für wertlos erklärt und meine, wir seien auf uns selbst angewiesen, so kann ich das nicht recht verstehen: es müßte denn sein, daß das Zentrum für neue umfassende Militärforderungen Stimmung machen will. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten werden die Konsequenz aus der veränderten Lage ziehen und noch mehr als bisher für die Umwandlung des aggressiven stehenden Heeres in ein defensives Volkshier eintreten. Ich wende mich nun zur inneren Politik und zwar zunächst zum Etat. Einzelheiten habe ich heute nicht einzugehen. Kollege Schäbler hat mit Recht von „Rummelwirtschaft“ gesprochen. Der Herr Schatzsekretär machte uns gestern die interessante Mitteilung, daß der Zustand zwar ein trauriger sei, daß aber niemand schuld daran habe. (Heiterkeit.) In Wirklichkeit steht aber die Sache so, daß das jetzige Elend weiter nichts als eben die unausbleibliche Folge der ganzen bisherigen Finanzwirtschaft ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als wir bei der Flottenvorlage von 1897 die ganze unheilvolle Entwicklung voraussagten, da beschuldigte uns die Regierung der Schwarzlehre und die Mehrheit dieses Hauses, geführt natürlich vom Zentrum, provozierte durch den Bewilligungseifer, den sie an den Tag legte, immer neue Forderungen. Jetzt nun, da die Wähler anfangen, schwierig zu werden, ist das Zentrum überhaupt über die schlechte Finanzlage und sucht sich mit seiner Verführung durch die Regierung herauszubringen. Mit Verführung mag sich ein junges, unerfahrenes Kind herausreden, aber nicht ein erfahrenes Weib, das in Sünden groß geworden ist. (Sehr gut! und große Heiterkeit links.) Die Mehrheit und besonders das Zentrum sind für die jetzige schlechte Finanzlage mit verantwortlich. (Sehr richtig! links.)

Es entsteht jetzt die Frage: was nun? Von allen Seiten wird nach Sparanfekt gerufen. Sparanfekt ist ja ganz schön. Aber so lange beim Militär, Marine- und Kolonialetat das Bewilligungsrecht des Reichstages nur auf dem Papiere steht, so lange wird eine wirkliche Verbesserung unseres Etats überhaupt nicht möglich sein. Im Gegenatz zu dem Herrn Schatzsekretär bin ich allerdings der Meinung, daß sich allerdings Streichungen vornehmen lassen; von einigen Streichungen beteiligen, vorausgesetzt, daß nicht sozialpolitische und kulturelle Ausgaben gestrichen werden sollen. Es wird allerdings kaum möglich sein, durch Streichung die Zuschußanleihe von 95 Millionen überflüssig zu machen. Die amtliche Denkschrift erklärt selbst, daß Zuschußanleihen zu den Grundzügen einer gesunden Finanzpolitik in Widerspruch stehen. Zuschußanleihen sind schon formell verfassungswidrig. (Sehr richtig! links.) Denn nach der Verfassung sind solche Ausgaben auch auf die Einzelstaaten umzulegen. Außerdem aber passen solche Maßregeln nicht in eine venezolanische Finanzverwaltung, als in die eines zivilisierten Staates hinein. Das wiederholte Schuldentilgungsgesetz steht nur auf dem Papiere; die Reichsfinanzreform, wie die Regierung sie plant, beseitigt den Kreditkredit unzufolge. (Sehr richtig! links.) Die einzige wirksame Reform besteht in der direkten progressiven Reichsteuer und in der völligen Trennung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten. Die richtige Einsicht, daß ein großes Staatswesen auf die schwandelnden Einkünfte aus den indirekten Steuern sich nicht einlassen kann, bricht sich immer weiter Bahn; in Bayern, in Schwarzburg-Rudolstadt haben sich Minister dem Gedanken der Reichseinkommensteuer wohlwollend gegenübergestellt; Preußen freilich erklärt diesen Gedanken als eine Spielerei ohne praktischen Sinn, will also die standalöse Schonung der Reichsfinanzen immer bereinigen.

Ich komme jetzt zu der inneren Politik im engeren Sinne. Gleich Herrn Schäbler habe auch ich mich mit Handlungen privaten Charakters zu beschäftigen, die nicht nur durch ihren Inhalt, sondern namentlich dadurch wichtig und für unsere Verfassungszustände bezeichnend sind, daß sie von dem Präsidenten des deutschen Bundes ausgehen, der den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Herr Reichstanzler liebt diesen Ausdruck nicht, er ist aber streng verfassungsmäßig; und da der Reichstanzler so große Ehre auf die Verfassung hält, so wird er sich mit dem Ausdruck abfinden müssen. — Die dicke Wortwolke, in die sich gestern der Reichstanzler hüllte, konnte nicht darüber klären, daß er sich zur Verteidigung einer Sache genötigt sah, die sich nicht verteidigen läßt. Bei der nötigen Zeit glaube ich Ihnen (zum Reichstanzler) davon zu können, daß sich in Ihrer gefirten Rede kaum ein staatsrechtlich, logisch und tatsächlich haltbarer Satz findet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Zentrum und Sozialdemokraten haben sich bei jener vorjährigen Affäre im bayrischen Landtage diametral gegenübergestellt,

das hindert mich aber durchaus nicht, anzuerkennen, daß das formelle Recht durchaus auf Seiten des Zentrums war. Man kann über bayrische Angelegenheiten denken wie man will; daran aber, sich autoritativ darin einzumischen, hat kein Nichtstater das Recht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Reichsverfassung hat der Kaiser sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten einzumischen. Herr Schäbler hat ganz recht: was würde man sagen, wenn der Prinzregent von Bayern oder sonst ein außerpreussischer Bundesfürst seine Empörung über einen preussischen Parlamentsbeschluss ausdrücke und, wenn er gerade bei Kasse ist, einen Beitrag zur Verfügung stellt! (Große Heiterkeit.) Der Reichstanzler hat versucht, sich an der Anerkennung der Tatsache vorbeizuschlingeln, daß der Kaiser nicht die Kompetenz hat, an den Beschlüssen einer parlamentarischen Körperschaft irgend welche Zensur zu üben. (Bestimmte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Von der Ausdrucksweise sehe ich ganz ab, das ist Sache des Besprechers oder des Tolkens. (Sehr gut! links.) Ich gehe nicht auf die etwas stark an die Nähe der östlichen Grenze (schwedische) herantretende Auffassung ein, als ob der Prinzregent sich in Einzelheiten der Kaufordnungen einmische und uns ein Urteil darüber ausbräutete; das ist in Bayern nicht der Fall! (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Die bayrische Zentrumsgruppe hat darauf hingewiesen, daß von der Stelle aus der Versuch einer Zensur an Reichstagsbeschlüssen gemacht werden ist, nämlich im Jahre 1893; es war die Sozialdemokratie, die damals dagegen mit einem förmlichen Antrag auftrat; der damalige, auch schon dem Zentrum angehörige Reichstagspräsident wies aber den Antrag zurück und ließ ihn nicht einmal zum Druck gelangen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag hat die Sache damals einfach eingestakt und damit zu Wiederholung ähnlicher Handlungen förmlich aufgefordert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Indem der Reichstanzler die Veröffentlichung des Depeschenwechsels zuließ — und bei den sattsam bekannten offiziellen Beziehungen des Reichstages Telegrafischen Bureaus hätte er sie hindern können (Sehr richtig! links.) — hat er mehr als ein neugieriglebender Journalist, denn als ein Staatsmann gehandelt. Gerade die Veröffentlichung ist der springende Punkt. Zum Ueberflus ist dann noch eine Fällung hinzugefügt worden, indem man auf München als Quelle hinwies, während die Veröffentlichung von Berlin ausgingen ist und man sie in München nicht haben wollte. (Hört, hört! links.) Wenn der Reichstanzler in der Anwesenheit des Sohnes des Prinzregenten bei den Bayern Kaisermandat einen Beweis dafür sieht, daß der Empfänger des Telegramms nicht mißverstanden habe, so muß er von der bayrischen Gutmütigkeit eine merkwürdige Auffassung haben. (Heiterkeit.) In der offiziellen „Augsburger Abendzeitung“ ist der Eindruck des Telegramms am Vortage dahin erläutert worden, daß das Wort „Uebergriffung“ auch nicht annähernd erschöpfend ist, daß das Wort nach dem Vorangegangenen am bayrischen Hofe dies denn doch nicht für möglich gehalten. (Heiterkeit und Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Ton, mit dem man in der bayrischen Öffentlichkeit die Sache besprochen hat, war ein viel verständlicher, als der hier angeführte (Heiterkeit); glücklicherweise sind bei uns die preussischen Majestätsbeleidigungsmagimen nicht üblich. Das bayrische Zentrum hatte allen Grund, über das Telegramm zu jubilieren; es hat ihm aus der Tasche geboxen, und in ungehörter Weise seine Position befestigt. Der Reichstanzler bekümmerte sich um alle diese Dinge nicht; er hatte in Nordern weit lustigere und angenehme Sachen zu denken (Heiterkeit); so ließ er sich wieder einmal völlig ausschalten. (Sehr richtig! links.)

Ich komme jetzt zu den Reden, welche im Anschluß an den Fall Krupp gehalten worden sind —

Herr Graf v. Ballestrem: Der Geheimrat Krupp war ein Privatmann; die ihm zugesagten Verdächtigungen und Verunglimpfungen liegen auch auf privatem Gebiet; deshalb die Trauer- und Sympathieumgebungen, von welcher Seite sie auch ausgingen. Ich kann daher nicht dulden, daß dieser Fall hier im Reichstage bei Gelegenheit des Budgets behandelt wird. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Bollmar: Ich wollte nicht auf den Fall oder die Person Krupp eingehen, sondern nur auf ein oder zwei Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind, um daran zu zeigen, zu welchen Folgen solche Reden führen müssen.

Präsident Graf v. Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich bleibe bei meiner Entscheidung! (Erneute Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch, wie Sie sagten, die Reden im Reichstagesbereich standen, so betrogen sie sich doch auf privatem Gebiet. (Erneute stürmische Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die nächsten Worte des Präsidenten gehen im Lärm verloren. Abg. Ledebour: Eine politische Angelegenheit unserer Partei! Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Bollmar: Ich stelle fest, daß der vom jetzigen Präsidenten selbst festgesetzte Grundsatz, daß alle kaiserlichen Reden be-

Benilleton.

Nachdruck verboten.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Aus dem Englischen überetzt von E. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von S. Federsant-Beder.

(31. Fortsetzung.)

„Du willst mir also meine Bitte nicht gewähren,“ sprach die Gräfin. „Ach, falscher Ritter, wam tat je eine Dame, barfuß in Pantoffeln, eine Bitte an ihren tapfern Ritter, die er nicht gewährte?“

„Alles, Amy, alles, was Du fordern kannst, soll gewährt werden,“ antwortete der Graf, „nur das ausgenommen, was uns beide verderben würde.“

„Nein,“ sprach die Gräfin, „ich will jetzt nicht in Dich dringen, mich in der Würde anerkennen zu lassen, die mich zum Gegenstand des Reides für ganz England machen würde, als die Gattin meines edlen, tapferen Lords, des am meisten geehrten und Geliebten von Englands Ritterschaft. Laß mich nur mein Geheimnis mit meinem teuren Vater teilen. Laß mich den Kummer enden, der meinethalben seine Tage trübt. Man sagt, er sei krank, der gute, alte, liebevolle Mann.“

„Man sagt?“ fragte der Graf heftig; „wer sagt so?“ — Hat Barney nicht an Sir Hugh Kunde von allem gebracht, über Dein Wohlsein und Glück, und hat er Dir nicht erzählt, daß der alte Ritter mit guter Gesundheit und gutem Mut seinem gewohnten Lieblingsvergnügen oblag? Wer hat Dir andre Nachrichten in den Kopf gesetzt?“

„O, niemand, Mylord, niemand,“ sprach die Gräfin, über den Ton erschrocken, in dem diese Fragen ausgesprochen wurden; „aber doch, Mylord, möchte ich mit meinen eigenen Augen mich von dem Wohlbefinden meines Vaters überzeugen.“

„Sei ruhig, Amy; Du kannst jetzt noch keine Verbindung mit Deines Vaters Hause haben. Wäre es nicht schon eine der ersten Regeln der Politik, ein Geheimnis nicht mehreren mit-

zuteilen, als darum wissen müssen, so hatte ich doch Ursache genug, es hier zu verbergen, weil jener Trewanier oder Tressilian, oder wie er heißen mag, des alten Ritters Haus besucht und gewiß erfahren würde, was man jenem mitteilt.“

„Mylord,“ erwiderte die Gräfin, „ich denke nicht so. Mein Vater ist schon lange als ein würdiger und rechtschaffener Mann bekannt, und was Tressilian betrifft, so wollte ich, daß ich mir selbst das Unrecht verzeihen könnte, was ich ihm angetan habe, und ich will die Grafenkrone, die ich einst mit Euch teilen soll, zum Pfande setzen, daß er unfähig ist, Unrecht mit Unrecht zu vergelten.“

„Ich will ihm dennoch nicht trauen, Amy,“ sprach ihr Gatte, „bei meiner Ehre! ich will ihm nicht trauen. Eher wollte ich den bösen Feind in mein Geheimnis ziehen, als diesen Tressilian.“

„Und warum, Mylord?“ fuhr die Gräfin fort, obgleich sie über die Bestimmtheit erbeute, mit welcher ihr Gatte sich aussprach, „warum denkst Du so übel von Tressilian?“

„Frau,“ sagte der Graf, „mein Wille soll Dir ein hinreichender Grund sein. Wenn Du mehr wissen willst, so denke, mit wem dieser Tressilian in Verbindung steht. Er ist gut bei jenem Ratcliffe, jenem Susser angefahren, gegen den ich mich schon jetzt kaum in der guten Meinung unter argwohnischen Gebieterin erhalten kann, und wenn er solchen Vorteil über mich bekäme, daß er meine Heirat in Erfahrung brächte, ehe Elisabeth gehörig vorbereitet wäre — Amy, ich würde für immer ihre Gunst verlieren, Schiffsbruch an Günst und Vermögen erleiden, und vielleicht — denn sie hat etwas von ihrem Vater Heinrich in sich — vielleicht würde ich als ein Opfer, ja als blutiges Opfer ihres eiferfüchtigen Zornes fallen.“

„Aber warum, Mylord,“ begann die Lady wieder, „warum hegt Du so böse Erwartungen von einem Mann, den Du so wenig kennst? Was Du von Tressilian weißt, erfährt Du nur durch mich, und ich gebe Euch die Versicherung, daß er gewiß unter keinen Umständen unser Geheimnis verraten würde. Wenn ich ihm um Eurer Willen unrecht tat, so liegt

es mir um so mehr am Herzen, daß Ihr ihm Gerechtigkeit widerfahren laßt. Ihr seid beleidigt, wenn ich nur von ihm spreche, was würdet ihr erst sagen, wenn ich ihn kürzlich gesehen hätte?“

„Dann,“ rief der Graf, „würdet Ihr wohl tun, das so geheim vor mir zu halten, als die Weichte, die im Bestuhl gesprochen wird. Ich suche keines Menschen Verderben, aber wer sich in meine Privatangelegenheiten drängt, soll sich in acht nehmen. Der Wärd duldet nicht, daß man seinen furchtbaren Pfad durchkreuzt.“

„Fürchtbar! ja in Wahrheit,“ sprach die Gräfin erbleichend.

„Du bist nicht wohl, meine Liebe,“ sagte der Graf, sie in seinen Armen auffangend; „lege Dich wieder auf Dein Lager; zum Aufstehen ist es für Dich noch zu früh. Hast Du noch sonst etwas von mir zu bitten, was weniger mein Glück, mein Leben und meinen Ruhm berührt, so fordere dreist.“

„Nichts, mein geliebter Gemahl und Herr,“ entgegnete die Gräfin mit schwacher Stimme, „ich wollte Euch noch etwas erzählen, aber Euer Zorn hat es aus meinem Gedächtnis verwischt.“

„Spare es denn bis zu unsrer nächsten Zusammenkunft auf,“ sprach der Graf, sie zärtlich umarmend, „und nur solche Forderungen ausgenommen, die ich nicht erfüllen kann, noch will, müßte Dein Wunsch mehr verlangen, als alle Macht Englands gewähren kann, wenn er nicht buchstäblich erfüllt wird.“

Mit diesen Worten nahm er zum letztenmal Abschied und empfing unten an der Treppe einen Livreeknecht und heruntergeklappten Hut von Barney, in welchen er sich so tief einhüllte, daß man seine Züge nicht erkennen konnte. Im Hofe standen Pferde für ihn und Barney bereit, denn zwei seiner Leute, die so weit mit dem Geheimnis bekannt waren, daß sie wußten oder ahnten, der Graf unterhalte eine Liebschaft mit einer schönen Dame im Herrnhause, waren schon in der Nacht fortgeschickt worden.

(Fortsetzung folgt.)

Mitsin Betrag der Kassenbestand am 1. Januar l. J. 1932.67 Mark.

Mitteilungen ist hierzu noch, daß die großen Ausgaben in den beiden letzten Monaten sich hauptsächlich auf die Unkosten der Stadtwahlverordneten verteilen. Revisionen der Parteikasse haben am 16. Oktober und 15. Januar stattgefunden, welche ihren regelrechten Verlauf nahmen. Bei der letzten Revision sind auch die Markenbestände der einzelnen Bezirkskassen genau nachgeprüft; auch hier ist alles in Ordnung gefunden worden.

Die Parteigenossen wollen wir bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß es falsch ist, zu glauben, die Partei beziehe große Einnahmen aus allen stattfindenden Versammlungen. Es finden im Jahre wohl keine 10 Versammlungen statt, die nach Abzug der durch Inzerate, Plakate usw. entstehenden Unkosten, einen wirklich nennenswerten Uberschuß erzielen. Die im Briefkasten unter # quittierten Versammlungseinnahmen sind die Zellerfassungen, welche voll verrechnet werden. — Mögen deshalb die Parteigenossen gerade im laufenden Jahre sich voll und ganz ihrer Pflicht bewußt werden, die Parteikasse in hervorragender Weise zu stärken. Es sei an dieser Stelle aber auch allen denjenigen Genossen und Freunden unserer gerechten Sache der Dank dafür ausgesprochen, daß sie durch ihre freiwilligen Zuwendungen dazu beigetragen haben, alle die Lasten und Mühen, welche uns der Polizeikampf aufzwingt, zu erleichtern. Vielleicht erinnern sich auch andre Freunde recht bald daran, daß die ungeheuren Wahlkampfe in diesem Jahre stattfinden, die uns größere Kosten denn je bringen werden.

Der beste Beweis aber, daß die Magdeburger Arbeiterschaft bereit ist, alles daran zu setzen, der Sozialdemokratie die Wege zu ebnen, wäre ein Masseneintritt in den Sozialdemokratischen Verein. Es bedeutet dieser Schritt für uns nicht nur eine Erhöhung der ständigen Einnahmen, auch die Aktionsfähigkeit der Magdeburger Parteigenossen würde wesentlich erhöht werden.

Mögen alle unsere Wünsche im roten Jahre in Erfüllung gehen!

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Der Vorstand. J. A.: Rob. Pfistorius.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Januar 1903.

— Geheimnisse des Polizeigefängnisses. Die gesundheitlichen Zustände im Polizeigefängnis oder zum mindesten doch in der Aufseherwohnung haben, wie ein hiesiges Blatt erfährt, seit einiger Zeit schon zu schweren Bedenken Anlaß gegeben. Einem früheren Aufseher sind in der Wohnung mehrere Kinder und zwei Frauen gestorben, einem andern starb die Frau und er erkrankte selbst so schwer, daß er in Pension gehen mußte; jetzt, da er fern von Magdeburg wohnt, lebt er wieder in frischer Kraft auf. Auch der gegenwärtige Aufseher und dessen Frau sind erkrankt und nun endlich besteht Aussicht, daß etwas geschehe. Heute traf eine Kommission von Bauachverständigen aus dem Ministerium des Innern hier ein und es steht zu hoffen, daß in aller Kürze die nötigen baulichen Veränderungen vorgenommen werden. — Die amtlichen Stellen werden nicht umhin können, der Deffentlichkeit hierüber reinen Wein einzuschütten. —

— Wer trägt die Schuld? Der Arbeiter Johann Sinnes hat von der Firma Kornisch u. Co. den Auftrag erhalten, die Kohlen für den „Magdeburger Hof“ vom Fährdam aus in den Keller zu schütten. Irgendwelche Vorsichtsmaßregeln waren weder seitens der Firma, noch seitens der Hotelverwaltung getroffen, auch keine zweite Person dem Beschuldigten beigegeben. Das Kellergitter, das sehr schwer ist, konnte Sinnes unmöglich nach jeder Entladung seiner Karre wieder aufliegen. So blieb denn in der Zeit, die er brauchte, um seine Karre zu füllen, das Loch ohne Aufsicht. Eine Arbeiterfrau, die die Schanzentür von Steigerwald u. Kaiser betradet hatte, tat einen unvorsichtigen Schritt und fiel in den Kohlenkeller hinunter. Sinnes hatte von dem Vork. all nichts bemerkt und hätte sicher durch das Hinabschließen der nächsten Karrenladung die betäubt unterliegenden schwer verletzt, hätte nicht eine Verkäuferin den Sturz wahrgenommen. Sie war der Gefallenen zu Hilfe geeilt und hatte sie aus der gefährlichen Lage entfernt. Obwohl die Frau unter dem Sturz schwer zu leiden, sie war wochenlang krank. Einen Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sie indes nicht gestellt und so wurde Sinnes vom hiesigen Schöffengericht nur wegen Uebertretung des § 267, 12 des Str.-G.-B. zu 6 Mark Geldstrafe verurteilt. —

— Zur Volksvorstellung im Stadttheater. Die nächste Volksvorstellung, die zweite in dieser Saison, findet am Sonntag den 25. d. M. nachmittags 3 Uhr statt. Um den Besuchern dieser Vorstellung das Wissen nach Möglichkeit zu erleichtern, wird: in den Geschäftsstellen des Magistrats zu Suckau, Sudenburg, Neustadt und Altstadt Magdeburg die Billets zu obiger Volksvorstellung vom Donnerstag den 22. bis Sonnabend den 24. durch die Kassellane der Geschäftsstellen verkauft werden. Dort nicht abgesetzte Billets werden dann am Sonntag von 11—1 Uhr und eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung an der Abendkasse des Stadttheaters — Eingang Paiferstraße — zu haben sein. Der Preis der Billets beträgt für die Galerie 25 Pf., für alle übrigen Plätze 40 Pf. — Diese Neuverteilung ist wenigstens ein kleiner Fortschritt. Hoffentlich entschließt sich das Stadttheater, bei künftigen Volksvorstellungen die Billets auch in den Bureaus der Krankenkassen verkaufen zu lassen. —

— Im Stadttheater wird heute „Roma Vanna“ gegeben. — In Vorbereitung ist eine Aufführung der Oper „Berger“ von Raffenet. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben, 21. Januar. (Romödie). Infolge der Abstimmung des Abgeordneten Schmidt (der für den künftigen Antrag Kardorff gestimmt hat) schied der Bund der Landwirte ein Mißtrauensvotum an Schmidt mit dem Bemerkten, daß ihm (Sch.) die Verantwortung überlassen sei, wenn bei der Wahl eine Einigung unmöglich würde. Abg. Schmidt antwortete in schwalligen Phrasen und appell-

ierte an seine Wähler. — Alles nur Theaterspielerei. Bei der Wahl gegen den Sozi vertragen sie sich wieder getreu dem Sprichwort: Paß schlägt sich — Paß verträgt sich. —

Olvenstedt, 20. Januar. (Volksversammlung.) Am Dienstag abend fand im Schinkler'schen Saale eine von 450 Frauen und Männern besuchte Versammlung statt. Genosse Redakteur Albert behandelte in einem längeren Vortrage das Thema: „Wie lebt der Arbeiter und wie müßt er leben.“ Die Ausführungen wurden mit größter Aufmerksamkeit entgegengekommen, hierauf betrug Genosse Riß die nächsten Reichstagswahlen und forderte zu intensiver Agitation auf. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten, Genossen Albert, wird die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. —

Olvenstedt, 20. Januar. (Gemeindevertretung.) In der am 19. Januar abgehaltenen Sitzung der Gemeindevertreter, wurde die Pflasterung des unteren Höhenwälder Weges in einer Länge von 580 Meter beschlossen. Die Kosten belaufen sich laut Ausschlag auf 17 900 Mark. Die Pflasterung soll mit Pflöstersteinen in Einreihenunterstellung ausgeführt werden, der Kreis soll eine Beihilfe von 4000 Mark zusteuern. Das Verlangen der deutschen Gemeinde Josephshöhe in Wöhmen, die Gemeinde Olvenstedt möge einen Beitrag zum Bau einer deutschen Schule als Volkswert gegen die tschechischen Bestrebungen bewilligen, wurde abgelehnt. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten trat Schluß der Sitzung ein. —

Barby, 20. Januar. (Den Lesern der „Volksstimme“) diene zur Nachricht, daß unser Blatt nur in den beiden Lokalen „Zur Kanne“ und bei Char. Göke ausliegt.

Berga-Neibra, 21. Januar. (Niedrige Patrioten.) In der letzten Nummer des Organs der Kriegervereiner der „Parole“, steht zu lesen: „Leider hat sich unsere Hoffnung, daß es im Jahre 1902 gelingen werde, die auf dem Pfiffhäuser-Denkmal noch lastenden Schulden abzutragen, nicht erfüllt. Zur Zeit ist das Denkmal noch mit 50 700 Mark Schulden belastet. Wir sind deshalb genötigt, noch einmal, diesmal aber bestimmt zum letzten mal, an die Opferwilligkeit der Vereine des Bundes des Bundes 1898 in Weihenfels einstimmig angenommenen Beschluß in Erinnerung zu bringen: „Vom Jahre 1899 ab heranzuziehen sämtliche Vereine des Deutschen Kriegerbundes alljährlich bei der Feier von Kaisers Geburtstag Sammlungen für das Pfiffhäuser-Denkmal, bis die Kosten für das Denkmal gedeckt sind.“

Psui, welch ein Mangel an Patriotismus! Vielleicht hilft eine — Kirchenkollekte am 27. Januar dem ab? —

— Burg, 20. Januar. (Dem Verdienste seine Krone.) Bei Gelegenheit eines Besuchs des Landwirtschaftlichen Vereins für Burg und Umgegend am letzten Sonnabend wurden einige Arbeiter für bei demselben Arbeitgeber geleistete 40 jährige Dienste mit je 40 Mark und — einer silbernen Kammermedaille belohnt. In großen Letzern kann man im „Tagblatt“ die Danktragungen der also Beglückten lesen. Einige Mark Zulage auf den Wochenlohn wäre den Leuten jedenfalls besser bekommen. Aber dann hätte sich eine „Danktragung“ schlecht ausgenommen. —

Deffau, 21. Januar. (Der Abgeordnete Nöjke) soll, weil er, der früher keiner Partei angehörte, zu der Freisinnigen Vereinigung übergetreten ist, von den Nationalliberalen bei der Reichstagswahl weder aufgestellt noch unterstützt werden. Jedenfalls wird N. deshalb Kandidat der Freisinnigen sein. Damit ist aber seine Wahl sehr in Frage gestellt. Wie gerüchtheilweise verlautet, soll Nöjke in Leipzig aufgestellt werden. Daran glauben wir, die wir die sächsischen Nationalliberalen kennen, jedoch nicht. —

Frohse, 20. Januar. (Mühtung, Genossen!) Am Sonnabend den 24. d. M., abends 8 Uhr, findet im „Ratskeller“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher unser Reichstagskandidat, Genosse Albert Schmidt-Magdeburg, über das Thema „Ist das Reichstagswahlrecht in Gefahr?“ referieren wird. Für guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren, ist Pflicht aller Genossen. —

Genzlin, 21. Januar. (Machtwörter und Gymnasialhüter.) Zur der Notiz über das Mißverhältnis des hiesigen Nachtwächters (540 Mark jährlich) wird uns noch mitgeteilt, daß die Stadt für jeden Sohn eines Bourgeois, der das Gymnasium besucht, von der Stadt 600 Mark Zuschuß erhält. Das sind also 60 Mark mehr wie der arme Nachtwächter Lohn bekommt! Während nun der Gymnasialist für diese ungeheure Summe der Stadt gar keine Gegenleistung leistet, besteht die Arbeit des Nachtwächters aus folgenden anstrengenden Verrichtungen:

Von abends 10 bis morgens 4 Uhr hat er „spazieren zu gehen“. Man weiß, was das heißt. Dann darf er 5 Stunden schlafen. Sechs sind aber nach ärztlicher Ansicht durchaus nötig. Bereits um 10 Uhr früh hat er sich bei der Polizei zwecks Revision der Nachtwär eingufinden, und nicht einmal den Nachmittag hat er frei, sondern muß Lampen putzen und sie mit Petroleum frisch füllen. Kaum damit fertig, ist es wieder dunkel und er muß mit der Arbeit des Anzündens beginnen. Und wieder beginnt für ihn ein Tagewerk.

Auf diese Weise bewilligt sich die Bourgeoisie dadurch, daß sie am unrechten Plage „spart“ die Mittel, ihren Söhnen eine gute Schulbildung zukommen zu lassen. Hier wie anderswo! —

Halberstadt, 21. Januar. (Wahlvereins-Versammlung.) Auch an dieser Stelle machen wir auf die am Donnerstag den 22. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, stattfindende Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins aufmerksam. Genosse Dr. Crohu wird ein Thema behandeln, welches von großer Bedeutung ist. —

Halle, 20. Januar. (Wegen Verächtlichmachung des Kriegsheeres), einer Staatsanwaltschaft, ist am 11. Oktober v. J. der verantwortliche Redakteur des „Volksblattes“, Genosse Anton Weismann, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Revision des Angeklagten wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen. —

g. Halle a. S., 20. Januar. (Einen für mich in Verlauf) nahm eine heute abend im Saale „Königshaus“ stattgehabte öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen-

und -Gehilfinnen, in der Genosse G. L. B. Berlin über den Gesekentwurf betr. Kaufmannsgerichte referierte. Die Mitglieder des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Bandes waren in starker Zahl erschienen und versuchten die Versammlung durch Tumultszenen zu stören. Als sie aber zu ihrem Leidwesen gewahr wurden, daß sie mit der von ihnen eingebrachten Resolution gegen die sozialdemokratischen Forderungen in der Minorität waren, entfernten sie sich vor der Abstimmung auf Kommando ihres Redners aus dem Saale. Die Versammlung erklärte sich dann mit dem Gesekentwurf betr. Kaufmannsgerichte unter Abänderung einiger Bestimmungen grundsätzlich einverstanden. —

Keine Nachrichten aus dem Lande. Verhaftet wurde in Potsdam der flüchtige Defraudant Orth aus Eisenberg, der zum Nachteil des Warenkommerzes größere Unterschlagungen und Fälschungen verübte. — Aus Furcht vor Strafe wegen Veruntreuungen machte in Erfurt die bei einer Herzhof am „Hildersland“ in Dienst stehende 18jährige Emilie Hellmann ihren Leben durch Erhängen ein Ende. — Der bei einer atombattischen Verletzung in Halberstadt abgestürzte kleine Japaner befindet sich auf dem Wege der Besserung und wird das Krankenhaus voranschreitlich in einiger Zeit geheilt verlassen können. — Der Schwartzeimergeselle Hoffmann in Halberstadt wurde vom Schöffengericht mit einem Monat Gefängnis bestraft, weil er unrechtmäßig bei vielen Bürgern zu Neujahr gratuliert und sich dadurch eine beträchtliche Summe verschafft hatte. — Der fleißig verfolgte 38jährige Kesselschmied Emil Lüders aus Stargard in Pommern, welcher mit falschen Legitimationspapieren unter dem Namen Ernst Winter reiste und in dem Verhaft stand, im November v. J. den Nacht Ernst Weined in Laucha nach einer vorausgegangenen Schlägerei erschossen zu haben, wurde in Hofenkirchen unter 2000 übernachtenden Handwerksburschen ermittelt und in das Landgerichtsgefängnis Dhrdruf eingeliefert. — Vor der Wohnung des Direktors Starke des Kaiserwerks Weienrode wurde eine Dynamitpatrone zur Explosion gebracht. Die Küchenfenster wurden zertrümmert und eine große Verheerung in der Küche angerichtet. — Ein älterer Mann in Gochmangelsdorf bei Genthin, welcher den Krieg von 1870 mitgemacht, befand sich seit längerer Zeit in Besiz einer Metallpatrone, die er vorgehen zur Entzündung bringen wollte. Er begab sich nach der Schießwiese, doch lehnte der Schmiid jede Beteiligung an dem gefährlichen Experiment ab. Er bohrte daher selbst mit einem spitzen Instrument in den Zündspiegel; durch die bei der Explosion umhergeschleuderten Stücke der Gölse wurden ihm nun zwei Finger der rechten Hand schwer verletzt und aus der linken oberen Handfläche ein Stück Fleisch herausgerissen.

Soziales.

Die Arbeitslosigkeit. In einer Arbeitslosen-Versammlung in Köln, die über 1000 Teilnehmer zählte, wurde eine Resolution beschlossen, in welcher die bisherige Tätigkeit der Stadtverordneten sowie der Stadtverordneten-Versammlung gegenüber der herrschenden großen Arbeitslosigkeit gemißbilligt wird. Die Versammlung fordert entschiedenes Eingreifen seitens der Stadt durch die Schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheiten für die einzelnen Berufe, denen die Arbeitslosen angehören. —

Die Not der Notstandsarbeiter. Dieser Tage wurden auf dem Bürgermeisteramt in Straßburg etwa 70 Notstandsarbeiter vorstellig, die erklärten, unter den gegebenen Verhältnissen nicht arbeiten zu können. Der feinerzeitige Beschluß des Gemeinderats ging dahin, daß im Afford nicht mehr als 2,50 Mark pro Tag verdient werden dürfe; diese Leute verdienten aber nicht einmal 1,60 Mark, so sehr hatte man die Affordjäge heruntergesetzt. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Bürgermeister über den Zwischenfall interpellieren. —

Ein Bild sozialen Elends bot eine Verhandlung vor dem Schwurgericht in Meß gegen einen Landbriefträger wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung. Der arme Teufel hat sechs Kinder und ein Gehalt von 50 Mark monatlich, das erst die letzten zwei Monate seiner Dienstzeit auf 70 Mark erhöht worden war. Als Motiv seiner Handlung gibt der Angeklagte an, seine Kinder hätten von ihm Brot verlangt, da er kein Geld gehabt, habe er sich an dem anvertrauten Gelde bergriffen, um Brot zu kaufen. Später hat er dann das Geld wieder erbeutet und an seine Adresse abgeföhrt. Die Geschwornen bestimmten die Schuldfrage, worauf die Freisprechung erfolgte. —

w. Die Sörigkeit der Krankenkassen. Die Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe in Berlin hatte, wie das auch viele andre Krankenkassen zu tun pflegen, in größeren Mengen von einem Apotheker eine Reihe viel gebrauchter Medikamente, wie z. B. russischen Spiritus, aromatische Tinktur usw. bezogen, um davon auf ärztliches Rezept hin an ihre Mitglieder abzugeben. Nun bedroht § 367 Nummer 3 des Strafgesetzbuchs den mit Strafe, der ohne polizeiliche Erlaubnis Arzneien, soweit der Handel mit denselben nicht freigegeben ist, zubereitet, verkauft oder sonst an andre überläßt. Wegen Uebertretung dieser Bestimmung war Blenz, der Vorsitzende der genannten Kasse, in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil der Kassenvorstand an die Mitglieder auch solche Medikamente abgegeben hatte, die durch kaiserliche Verordnung vom freien Verkehr ausgeschlossen sind und deren Vertrieb den Apothekern vorbehalten ist.

Das Landgericht ging davon aus, daß hier ein Ueberlassen an andre seitens des Kassenvorstandes stattgefunden habe. Hier könnte nicht in Betracht kommen ein Kammergerichtsurteil, wonach kein Ueberlassen an Dritte stattfindet, wenn der Vorsitzende oder Lagerhalter eines homöopathischen Vereins in Mengen bezogene Mittel an dessen Mitglieder abgeben; denn bei einem solchen Verein seien alle Mitglieder von vornherein in ihrer Gesamtheit die Eigentümer jener Mittel, was bei einer Ortskrankenkasse nicht der Fall sei. Bei der Krankenkasse, die eine juristische Persönlichkeit sei, gingen die angeschafften Mittel in das Eigentum der Kasse als solcher über und gehörten so lange keinem ihrer Mitglieder, bis das eine oder andre, in ganz verschiedener Menge, an das eine oder andre Mitglied abgegeben werde. Erst im bestimmten Erkrankungsfall gewinne ein Kassenmitglied ein Anrecht auf das Heilmittel und erst mit der Uebergabe werde

sein Eigentum. Es finde hier also ein „Ueberlassen“ an einen andern im Sinne des Strafgesetzbuchs statt. Daß der Kassenvorstand die Mittel von einem Apotheker bezogen habe, sei dabei gleichgültig.

Gegen dies Urteil wurde beim Kammergericht Revision eingelegt, indem darauf verwiesen wurde, daß der Vorstand die Medikamente doch für die Mitglieder bezogen habe.

Der Strafnat des Kammergerichts verwarf indes die Revision mit folgender Begründung: Der § 367 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 1 der kaiserlichen Verordnung vom 27. Januar 1890 sei mit Recht angewendet worden. Es sei nicht rechtsirrtümlich, wenn das Landgericht ein Ueberlassen an andre annehme, da die einzelnen Kassenmitglieder nicht Miteigentümer des Vorrats an Medikamenten und nicht die Versammlungsgewalt darüber hatten.

Durch dieses Urteil wird die Höflichkeit der Krankenkassen gegenüber den Apothekern vergrößert. Nur die Verstaatlichung der Apotheken und Verabreichung der Heilmittel zum Selbstkostenpreis kann diesen Mißstand beseitigen.

ac. Der Kohlenmangel in Amerika nimmt immer größere Dimensionen an. In New-York haben verschiedene Dampfer ihre Abfahrt um 10—12 Stunden herauschieben müssen, weil sie nicht genug Kohle an Bord hatten. Eine Anzahl industrieller Betriebe hat wegen Kohlenmangel ihre Pforten schließen müssen. In Arcola im Staate Illinois stürmte die Bevölkerung, Pastor, Magistrat und Polizei an der Spitze, einen Kohlenzug, der auf der dortigen Station angehalten hatte. Sie verschaffte sich so Heizmaterial, das man ihr zu verkaufen sich geweigert hatte. Die Kohle wurde genau abgewogen und das Geld dafür der Eisenbahndirektion überwiesen. Derartige Vorkommnisse haben sich in vielen Städten des Westens wiederholt, so daß die Kohlenzüge von Polizeimannschaften begleitet werden.

Vermischte Nachrichten.

* Die Vereinsmeierei hat in Mex. eine eigentümliche Blüte gefunden. In einem dortigen Blatte findet sich nämlich folgendes Inserat: „Achtung! Alle diejenigen Herren, welche sich für Gründung eines Vereins für unglücklich Liebende“ interessieren, werden gebeten, sich am Sonnabend den 10. d. M., abends 9 Uhr, im Restaurant „Café London“ in Montigny einzufinden. Mehrere Unglückliche.“

* Ein Vorläufer des „Kleinen Cohn“. Wer der Meinung war, daß der „Kleine Cohn“ eine noch nie dagewesene Blüte geistreichen Berliner Witzes sei, kommt, so schreibt die Münchener „Allg. Ztg.“, zu seinem Erstauskommen in den von La Mara herausgegebenen Briefen von Hector Verlioz an die Fürstin Sayn-Wittgenstein lesen, daß auch die blödsinnige Frage „Haben Sie den kleinen Cohn gesehen?“ nur die Aufstärkung eines unglücklichen Scherzes ist. Ungefähr am 15. August 1864 schreibt Verlioz: „Ich teile Ihnen mit — Sie werden es wohl ohne sonderliche Bewunderung lesen — daß das Pariser Volk vollständig stumpsinnig geworden ist. Eine unerklärliche Manie hat alle ergriffen, Männer, Frauen und Kinder, nämlich aus vollem Halse auf den Straßen, in den Parks, zu Fuß, zu Wagen, zu Pferde zu schreien: Oh! Lambert! oh! Lambert! avez-vous vu Lambert? Kein Mensch weiß, was dieser Ruf bedeutet und alles schreit ihn aus. Erst gestern noch widerhallte ganz Paris: Oh! Lambert! Was für Arten Karikatur gibt es doch! Wie dumm sind die Menschen! Und diese Manie steckt an, auch ich möchte schreien: Oh! Lambert! Es ist dröblig, es ist reizend. Schreien Sie doch auch: Oh! Lambert! Sie werden sehen, das wird Ihnen Spaß machen. Ich höre, daß das Lambert-Geschrei schon in Havre, in Rouen, in Versailles wiederholt wird. Ganz Frankreich wird es wiederholen. Ach Gott! Das Geschrei der Menschen beginnt zu schwächen!“ Die Herausgeberin bemerkt hierzu, daß auch der Kaiser diesem Wuse nicht entging, als er sich, um die Illumination zu sehen, merkwürdig unter die auf der Place de la Concorde versammelte Menge stellte. Man erlachte ihn, und der scherzhaftige Ruf: Tiens, c'est Lambert! verfolgte ihn, bis er sich in die Kulkieren zurückzog. — Alles schon dagewesen! Sogar der „Kleine Cohn“!

Kleine Chronik.

Blutige Gefängnis-Revolten.

Infolge der russischen Senatur erhält man erst jetzt Kunde von einer ungeheuren Meuterei in zwei russischen Gefängnissen. Eine Korrespondenz berichtet uns darüber aus Odessa: Am 15. Januar brach unter 600 im hiesigen Gefängnis Eingekerkerten ein offenbar von langer Hand vorbereiteter Aufstand aus, der bei der Aufgabe des Wärters auf ein gegebenes Signal seinen Anfang nahm. Die Aufwührer zerstückelten die Zellentüren, zertrümmerten die Fenster, zerbrachen die Möbel und befreiten die übrigen in den Zellen eingeschlossenen Gefangenen. Sodann verhandelt wurden sie die Korridore durch Pfeile und geschossene Kugeln. Da die Besatzung, die Unruhen auf gütlichem Wege zu beenden, nicht imstande blieb, wurde die Gefängnisbehörde von der Kaiserliche Kommande, wobei ein Aufwührer getötet und einer verwundet wurde. Infolge des geschandten Schandens des Aufwührers sah sich die Gefängnisbehörde gezwungen, rasche Ausgänge zu beschleunigen. Der fallvermeidende Statthalter, der auf dem Schanzen erfuhr, daß das Ganze des Gefängnisses durch zwei Kompanien Militär besetzt, konnte die Ruhe wieder hergestellt wurde. Auch die folgende Nacht verlief ruhig. Am nächsten Morgen kam es indessen zu erneuten Unruhen in dem in einem separaten Gebäude gehaltenen Franzesengefängnis, wobei das im Ganzen hundertköpfige Militär einmüht wurde, welches mehrere Soldaten tötete. Hierbei wurde eine Gefangene getötet. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

Kleine Tageschronik. Die gerichtliche Verhandlung wegen des Unterganges des Dampfers „Primus“ beginnt am 7. Februar vor dem Altonaer Landgericht. Die Anklage richtet sich gegen den Kapitän der „Sanja“ Sachs und dessen ersten Maschinisten und lautet auf jahrlängige Fälschung. — In Leipzig ist die im Verlage von Schneider in Pörsdorf erschienene Sensationsbrochüre „Ehebruch und Königsthron“, der Beschreibung der Kronprinzessin Luise von Sachsen, beschlagnahmt worden. (Sachsen ist also rechtzeitig gerettet worden.) — Grunddreißig Volksversammlungen mit der Tagesordnung: Was steht auf dem Spiel? finden am Donnerstag den 22. d. Mts. in Berlin und Soroten statt. — Zum Verzelekonfist in Vera ist zu berichten, daß wiederum zwischen Vertretern des Gewerkschaftsartikels, den Vorstandsmilitärdern (Arbeitnehmer) der Textil-Betriebs-Krankenkasse und der Verzelekommission eine Sitzung stattfand, deren Verlauf die Annahme gestattete, daß es zu einer gütlichen Einigung kommen wird. — Da bei seit gestern eingetretenem Tauwetter in der Rhein-egend (in Magdeburg hatten wir 10 Grad Kälte!) der Eisgang stark abnimmt, so ist die Wiederaufnahme der rheinischen Schifffahrt morgen zu erwarten. In den Ruhrhöfen herrscht lebhafter Verkehr. — In Teisingen bei Straßburg erlösch aus Unvorsichtigkeit der neun-jährige Sohn des Pächters Godwin den bei der Arbeit befindlichen Tagelöhner Schwarz, Vater von sechs Kindern. — Ein Raubmord wird aus Frankfurt a. M. gemeldet. Dort wurde auf einer Landstraße der Gastwirt Meier tot aufgefunden. Uhr und Portmonee fehlten. — Zu 6 Wochen und 2 Tagen Festungshaft ist der Hauptmann und Kompaniechef v. Rathjen vom Kronprinzregiment wegen Mißhandlung eines Untergebenen durch das Kriegsgericht der ersten Division (Königsberg) verurteilt worden. Die Verhandlung fand, da der Angeklagte Offizier war, natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. — In Kalk bei Köln sind vier Kinder während eines Brandes in einer Dachwohnung verunglückt. Die Eltern waren ausgegangen und hatten die Kinder in der verriegelten Wohnung allein zurückgelassen. Nach dem Sprengen der Wohnung und schleppen die Kinder aus dem brennenden Raume. Ein 3-jähriges Mädchen hatte so schwere Verletzungen erhalten, daß es bald verstarb. Die übrigen drei Kinder wurden, teils schwer, teils leicht verwundet, ins Spital gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 20. Januar 1903.

Fahrlässige Körperverletzung. Der Arbeiter Hermann Klauert zu Genthin, geboren 1857, war Steinträger auf dem Bau der Zuckerrabrik dort und trug am 21. Juni 1902 eine Last Steine aus das zweistöckige Gerüst des Arbeiterhauses. Statt sich aber, wie angeordnet war, die Last oben von zwei dazu bestimmten Mauern abnehmen zu lassen, ließ er sie, da die Mauer auf sein Anrufen nicht mehr erschienen, weil inzwischen der schlechte Witterung wegen Feierabend geboten war, auf das Gerüst gleiten. Es stürzte, da eine Stange, die nicht vorschriftsmäßig gebunden war, teilweise ein. Der Steinträger, sowie zwei auf dem Gerüste stehende Maurer stürzten herab und von ihnen erlitt der Maurer Speckhals Verletzungen. Klauert wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt, aber freigesprochen, weil ihn kein Verschulden traf.

Schwerer Diebstahl. Der Arbeiter Otto Geruert von hier, geboren 1881, stieg gemeinschaftlich mit dem nicht ergriffenen Schlosser Wilhelm Lemke in der Nacht zum 23. November 1902 über eine Mauer in ein Fabrikgrundstück zu Schönebeck. Dort brachen sie die Fensterscheiben der beiden Kontore ein, erbrachen die Kulte und stahlen Waren, Briefmarken, Bargeld, ein Reißzeug und andre Sachen. Der größte Teil des Raubes wurde ihnen hinterher wieder abgenommen. Geruert, der sich im wiederholten Rückfalle befindet, erhielt 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Inläufigkeit von Polizeiaufsicht.

Ein Hochstapler. Der vielfach vorbestrafte Dekorateur Ray Gau aus Berlin, geboren 1869, lebte als Hochstapler und nannte sich je nach Belieben Freiherr, Assessor und Doktor, hatte sich auch so lautende Wirtshauskarten drucken lassen. Im Oktober 1902 kam er nach hier und erzwang sich aus einem Geschäftszimmer zum Preise von 145 Mark. Die gemietete Wohnung verließ er heimlich, ohne die schuldigen 8,10 Mark zu zahlen. Der Versuch, sich von zwei andern Firmen ein Opernglas und ein Reißzeug zum Preise von 187,50 Mark sowie zwei Schirme zum Preise von 66 Mark zu erschwindeln, mißlang. Bei der Festnahme legte Gau sich ebenfalls einen solchen Namen bei. Wiederholt nach seinen Verhaftungen stellte er sich geisteskrank und beantragte dann, wenn er in die Krankenanstalt gedrückt war, die Gelegenheit anzurufen. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Rejerstein leidet Gau an Hypochondrie, ist aber nicht im Sinne des Gesetzes unzurechnungsfähig. Die Kammer beschloß dem Antrage des Sachverständigen gemäß, den Angeklagten auf die Dauer von 6 Wochen in einer Irrenanstalt beobachten zu lassen.

Ein Derbiss. Der Barbier Richard König zu Neustadt, geboren 1871, war Professionstretender bei einem Jahntesender und verurteilte von dem Landen für zwei betrieblie Schiffe im Sommer 1902 zusammen 50 Mark, die er für sich verbraucht haben soll. Im September unterbricht König, obwohl er verheiratet war, mit einer jungen Witwe ein Liebesverhältnis, redete ihr vor, er wolle sich scheiden lassen und versprach ihr die Ehe. Hauptächlich war es ihm aber nur darum zu tun, sie anzupöbeln. Er erschwindelte sich von ihr 150 Mark ansehnlich zur Bestellung einer Kanne und schloß dann eine Quittung, die er der treulichen Witwe vorzeigte. Ferner beanspruchte er von ihr noch 30 Mark zur Bezahlung von Wirt. Sie handigte ihm ihr Sparbüchlein über 130 Mark ein, König hob aber das ganze Geld ab und verjagte sie damit. Die Kammer erkannte wegen Unrichtigkeit in einem Falle, Betrug in zwei Fällen und Unrechtmäßigkeit unter Verurteilung der Betrüger auf 9 Monate Gefängnis. Betreffs der einen Unrechtmäßigkeit erfolgte wegen mangelnden Beweises Freisprechung.

Bereins-Kalender.

Erhalten unter dieser Nummer haben der Preis 5 Pf., die unter zu kaufen sind. **Das Kalender Arbeiter-Gesellschaft.** Demnach: **Gerichtsbücher.** Bestimmung Freitag den 22. Januar, abends 8 Uhr. **Verkauf** 15—16.

Wichmarkt.

Magdeburg, 20. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 176 Rinder, 212 Kühe, 186 Schafvieh etc., 892 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige Markt, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 33—34 M., c) mäßig genährte junge und ältere 31—32 M., d) gering genährte jeden Alters 27—30 M. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 34—35, b) vollfleischige jüngere 32—33, c) mäßig genährte jüngere und ältere 30—31 M., d) gering genährte jüngere und ältere 27—29 M. Ferkeln und Lämmer: a) vollfleischige, ausgemästete Ferkeln höchsten Schlachtwertes — M., b) vollfleischige Ferkeln bis zu 7 Jahren 28—30 M., c) ältere ausgemästete Ferkeln und wenig gut entwickelte jüngere Ferkeln und Ferkeln 26—27 M., d) mäßig genährte Ferkeln und Ferkeln 24—25 M., e) gering genährte Ferkeln und Ferkeln 20—23 M. Kälber: a) fetteste Markt 46—50 M., b) mittlere 37—43 M., c) geringe Saugkälber 27—32 M., d) ältere, gering genährte (Fresser) 20—28 M., Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 30—31 M., b) ältere Mastlamm 27—30 M., c) mäßig genährte Markt. Schweine: a) vollfleischige 59 M., b) fleischige 57—58 M., c) gering entwickelte 56 M., d) Sauen und Eber 42 bis 55 Mark bei 40—50 Pfd. Lard das Stück, schwere Schweine mit höherer Lard, Sauen und Eber mit 20 Prozent Lard. Verkauf und Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 40 Rinder, 18 Schweine.

Marktberichte.

Magdeburg, 20. Januar. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verleben sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer Sommer-sekt, gut 149—151, mittel 142—144, gering bis 132, do. Winter-Sommer-sekt gut 162—164, do. Winter-sekt gut 142—144, mittel 137—140, gering bis 128, do. ausländischer gut 168—174. — Roggen inländischer, besser, gut 136 bis 138, mittel 136—134, gering bis 130, do. ausländischer gut 142—144. — Gerste hiesige Chevaliers, Schumpeter, gut 152—165, mittel 144 bis 150, gering 128—138, Landgerste, gut 142—148, mittel 136—140, gering 128—135, ausländische Futtergerste, gut 121—123. — Dörrer inländischer unverändert, gut 144—147, mittel 140—142, gering bis 125. — Mais runder, fest, gut 134—136, amerikanischer bunter, gut 136—138. — Erbsen, hiesige Victoria, ruhig, gut 190—210, mittel 170—182, do. gelbe Folger gut 215—230, mittel 205.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.				
Instrument und Saale.				
19. Jan.	20. Jan.			
Erfordia	+ 2.24	+ 2.08	0.16	—
Wilsleben	+ 2.40	+ 3.20	—	0.80
Bermburg	+ 1.37	+ 1.40	—	0.03
Salbe, Oberpegel	+ 1.82	+ 1.70	0.12	—
do. Unterpegel	+ 1.12	+ 1.16	—	0.04
Fier, Eger, Wolbau.				
18. Jan.	19. Jan.			
Jungbunzlau	+ 0.06	+ 0.01	0.05	—
Baum	+ 0.67	+ 0.51	0.16	—
Subweiss	+ 0.00	+ 0.05	—	0.05
Prag	+ 0.18	+ 0.08	—	0.12
Rulbe.				
19. Jan.	20. Jan.			
Deffau	- 1.15	- 1.15	—	—
Rulbebrände	—	—	—	—
Elbe.				
18. Jan.	19. Jan.			
Barndubitz	+ 0.10	—	—	—
Brandeb	+ 0.04	+ 0.60	—	0.56
Melmit	- 0.36	- 0.42	0.06	—
Veitmeritz	- 0.28	- 0.42	0.14	—
Kauzig	+ 0.21	- 0.25	0.04	—
Dresden	- 1.58	- 1.64	0.06	—
Torgau	+ 0.63	+ 0.52	0.10	—
Wittenberg	—	+ 1.46	—	—
Köhlau	+ 1.22	+ 0.95	0.27	—
Barby	+ 1.65	+ 1.50	0.15	—
Schönebeck	+ 1.40	+ 1.21	0.19	—
Magdeburg	+ 1.30	+ 1.11	0.19	—
Tangermünde	+ 2.76	+ 2.38	0.38	—
Wittenberge	+ 2.75	+ 2.70	0.05	—
Dömitz, Pegel	+ 2.84	+ 2.64	0.20	—
Bauenburg	+ 2.70	+ 2.47	0.23	—

Emile Zola

Wir empfehlen folgende

billige Volksausgaben

der bekanntesten Romane des verstorbenen französischen Romanschriftstellers:

- Therese Raquin. 187 Seiten stark.
- Die Sünde des Priesters. 203 Seiten stark.
- Liebesblätter. 208 Seiten stark.
- Ein kitzig Grim. 325 Seiten stark.
- Der Bauch von Paris. 222 Seiten stark.
- Das Geständnis eines Jünglings. 165 Seiten stark.
- Madeleine Féral. 263 Seiten stark.
- Die Lebensfreude. 252 Seiten stark.
- Die Geheimnisse von Marcella. 443 Seiten stark.
- Die Erbebung von Plaffans. 320 Seiten stark.
- Das Glück der Familie Rougon. 195 Seiten stark.
- Der Totschläger. 252 Seiten stark.
- Das Gelübde einer Toten. 193 Seiten stark.
- Rückenbuch der wahren Liebe. 190 Seiten stark.
- Um eine Liebesnacht. 237 Seiten stark.

Stattliche Bände sind elegant broschiert und kostet jeder Band

nur 50 Pfennig.

Der von uns am ansehnlichsten Postabonnenten die Herausgabe eines Bandes per Postband möglich, auf 70 Pfg. vorher in Briefmarken einfinden.

Jeder Buchhändler nimmt Bestellungen an.

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Jakobstraße 49.

Carlos bei Maracaibo sollen, wie der „Frankf. Ztg.“ aus New-York gemeldet wird, nach Berichten aus Caracas mehrere Explosionen an Bord des „Panther“ stattgefunden und zwei Personen getötet worden sein. — Es ist ersichtlich, daß brave deutsche Soldaten infolge der völkerrichtsübrigen Anordnungen solcher Leute zu Grunde gehen, welche die gepanzerte Faust stets für das einzige und beste Mittel bei Auseinandersetzungen mit exotischen Staaten halten. — Man scheint noch weitere Dummheiten machen zu wollen, denn der große Kreuzer „Wineta“ ist nach Maracaibo abgegangen. Da soll es wohl noch etwas Blutvergießen geben? Ein Telegramm der „Wolff. Ztg.“ gibt eine Londoner Meldung wieder, wonach England und Italien nicht geneigt sind, die Fortdauer der Blockade nach dem Beginn der Verhandlungen zu begünstigen. Deutschland werde angegangen werden, der Aufhebung der Blockade zuzustimmen. Sollte Deutschland dies verneinen, werden die beiden andern Mächte ihre Schiffe zurückziehen. — Deutschland blamiert sich als Scharfmacher in der auswärtigen Politik jetzt wieder wie während des China-Krieges mit seinem Weltgeneral. —

Wegen Verteidigung der Vorstehenden des Ostmarkenvereins, von Liedemann, von Kennemann, Reichmann und Justizrat Wagner, durch einen Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ gegen den Galatismus wurde am Dienstag Professor Delbrück zu 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. — Da Professor Delbrück wieder einmal sieht, daß infolge des Einflusses der konservativen Partei in Preußen keiner — und wäre er selbst Professor — das Recht der freien Meinungsäußerung besitzt, so wird er seine Ansicht von der politischen Erbweisheit der Konservativen vielleicht revidieren müssen. —

— Hessische Landtagswahlreform in Sicht! Wie das „Berl. Tagbl.“ mitteilt, hat die Regierung einen neuen Gesetzentwurf betreffend Abänderung des hessischen Landtagswahlrechts fertiggestellt. Er enthält verschiedene wichtige Abänderungen und wird demnächst veröffentlicht. —

— Der sachsenburgische Landtag beschloß am Dienstag mit 20 gegen 19 Stimmen, den Antrag des Abg. Ahlhorn auf Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts im Großherzogtum der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. —

Frankreich.

Deschanelles gegen Jaures.

Am 19. Januar sagte in der Deputiertenkammer malige Kammerpräsident Deschanelles unter deutlichem Hinweis auf Jaures:

Man hat so die achtungswürdigsten Gefühle unseres großen Volkes verletzt, das nie aufgehört hat, an der Unverjährbarkeit des Rechtes gegenüber den Schlägen der Gewalt festzuhalten. Und was hat man vom Preis und dem Zweifelsbunde gesagt? In seltsamer Umkehrung der Rollen und im Widerspruch mit den Daten der Geschichte wendet man seine Faust dem Bunde zu, der gegen Frankreich geschlossen worden ist, und sein strenges, abschließendes Urteil dem andern. Soll ich an die Worte erinnern, die man auszusprechen gewagt hat: Der Dreibund ist ein notwendiges Gegengewicht gegen unsern Chauvinismus und gegen die französisch-russischen Phantasien!

Die chauvinistischen Phrasen dieses französischen Schwärzers wirken lächerlich, wenn sie auch nur auf derselben Stufe stehen, wie die Redensarten unserer Alldutschen. —

Vom Kulturkampf.

Die französische Kammer hat mit 303 gegen 212 Stimmen gutgeheißen, daß keine der kirchlichen Kongregationen, welche noch Schulen besitzen, staatlich anerkannt wird, so daß jede der betreffenden Schulen jederzeit von der Regierung geschlossen werden kann. Ferner hat die Kammer mit 339 gegen 188 Stimmen gutgeheißen, daß in der Bretagne der Religionsunterricht an diejenigen Kinder, welche französisch können, nicht mehr in der bretonischen Sprache erteilt werden darf. —

Von der Leiche des türkischen Prinzen.

Nach einem Telegramm aus Brüssel wird die Leiche des verstorbenen Schwagers des Sultans, Mahmud Pascha, nach Paris überführt und dort in mosammanischen Viertel des Pere Lachaise beigesetzt werden. —

Belgien.

Die belgische Legation

liegt jetzt dem Senat vor. Die Liberalen haben infolgedessen einen kleinen Erfolg erzielt, als das Gesetz nochmals einer Kommission überwiesen worden ist. Schließlich wird die liberale Mehrheit aber doch ihren Willen durchsetzen und die Knebelung der Kunst und Wissenschaft und der freien Rede herbeiführen. — ac.

Kleine politische Nachrichten. Der italienische Unterrichtsminister ließ Mascagni durch den italienischen Konsul in Chicago mitteilen, daß er von dem Posten eines Direktors des Stipendi-Konservatoriums entlassen sei. — Der amerikanische Gesandte Bowen ist am Montagabend in Washington eingetroffen. — Der französische Senat nahm mehrere Artikel des Gesetzes betreffend die zweijährige Militärdienstzeit an. — Die französische Deputiertenkammer bewilligte einstimmig 500 000 Mark für die notleidenden bretonischen Schiffer und bewendete die Generaldiskussion über das Budget. — In Andujas (Spanien) kam es wegen der Erhebung des Octrois zu Unruhen. Die Bevölkerung schleuderte Steine gegen die Gendarmen, welche Feuer gaben und mehrere Personen ver wundeten. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Januar 1903.

— Die Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstagabend nahmen alle einen guten Verlauf. Wir erhalten darüber folgende Berichte:

In der Wilhelmstraße sprach Genosse Markwald über das Thema: „Der Wert der literarischen Bildung.“ Eine allgemeine Besprechung fand jedoch über die Fragen statt, wie wir neue Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein und neue Abonnenten für die „Volksstimme“ werden können. — Genosse Peters wurde einstimmig zum Revisor gewählt. — Die Genossen Markwald und Krause besprachen noch den Prozeß Schläue und fanden bei ihrer Durchsicht des § 153 als eines empfindlichen Ausnahmestücks demonstrative Zustimmung. —

In Fuchau war die Versammlung von 40 Personen besucht. Genosse Belms referierte über „Volkswirtschaft“. Gemeinlich wurde ähnliche Thematika öfters zu besprechen. Neuhans gab den Kassensbericht. Zum Revisor wird Genosse Laas wiedergewählt. Unter Vereins-Angelegenheiten wird gemeldet: 1. die Generalversammlung pünktlich um 1/2 Uhr zu eröffnen; 2. die Kalender-Agitation 4 bis 6 Wochen früher als die letzte vorzunehmen und den Text noch populärer zu gestalten; 3. eine Agitation für die „Volksstimme“ Mitte März vorzunehmen. Darauf Schluß um 11 Uhr. —

Die im „Dreiläufiger“ tagende Versammlung des Bezirks Magdeburg war von circa 60 Personen besucht. Zunächst hielt Genosse Fabian einen instruktiven Vortrag über den Begriff der „sozialen Reform“ und „sozialen Revolution“ nach einer von Kautsky erschienenen Broschüre, der von den Anwesenden mit Interesse entgegen genommen wurde. Dann erstattete Genosse Finte den Revisionsbericht der Vereinskasse über das letzte Halbjahr, zu dem Genosse Pflonius einige Erläuterungen machte. Aus der Mitte der Versammlung heraus wurde dann noch auf die am andern Morgen tagende Arbeitslosen-Versammlung hingewiesen und der eigenartige Standpunkt unseres Magistrats und der Mehrheit unserer Stadtverordneten in der Frage der Nothstandsarbeiten einer herben Kritik unterzogen. —

Aus Subenburg ist uns ein Bericht trotz dringender Ermahnung leider nicht zugegangen. —

— Mehr als 500 Arbeitslose hatten sich heute Mittwoch mittag im „Dreiläufiger“ versammelt, um gegen die Wettstuppen der Magdeburger Stadtverwaltung zu protestieren. In wirkungsvoller Rede ging Genosse Brandes scharf mit der Stellungnahme des Oberbürgermeisters ins Gericht und mehrfach wurden seine Ausführungen aus der Mitte der Versammlung ergänzt und bestätigt. Die Versammlung bot ein Bild unersägliches Elends und großer Not. Wenn der Oberbürgermeister und seine Getreuen es für nötig gehalten hätten, der Versammlung beizuwohnen, sie hätten gewiß Gelegenheit genug gehabt, ihre Meinung über das Elend der Arbeitslosigkeit zu revidieren. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an:

Die heutige Arbeitslosen-Versammlung, die von 500 arbeitslosen Männern besucht ist, protestiert gegen die im Stadtverordnetenparlament geäußerte Ansicht, nach welcher die bausegmentlichen Arbeiter in der Zeit ihrer Weisagigung in der Lage wären, sich zu einzurichten, daß sie zur Zeit der Arbeitslosigkeit keine Not leiden. Der „richtige Verdienst“, welchen diese Arbeiter haben sollen, existiert nur in der Phantasie derjenigen Kreise, die keine Ahnung von den Bedürfnissen einer Arbeiterfamilie haben.

Die Versammlung protestiert ferner gegen die Art und Weise, wie die Arbeitslosen-Fürsorge durch den Oberbürgermeister und durch die bürgerlichen Stadtverordneten empfohlen wird; sie protestiert ferner dagegen, daß durch Uebertragung zur Tagesordnung die eingehende Behandlung der Arbeitslosen-Frage verhindert wurde. Die Versammlung ist sich wohl bewußt, daß bei gutem Willen der Stadtverwaltung sehr wohl für ausreichende Beschäftigung der Arbeitslosen zeitig genug gesorgt werden konnte, ohne daß die Stadt irgend welchen Schaden davon gehabt hätte; denn die sogenannten Nothstandsarbeiten sind notwendige Arbeiten, die die Stadt ausführen muß.

Die Versammlung verurteilt ferner das Vorgehen des Maurermeisters Fröhlich, der den Arbeitern bei den Tiefbauarbeiten an der Nordfront einen Lohn von 1.80 bis 2.10 Mark pro Tag „Mitte“ dadurch ist festgestellt, daß die Not der Arbeitslosen ausgenutzt wird, um die städtischen Arbeiten billig herzustellen. Ungeachtet dieser Tatsache spricht man im Stadtverordneten-Saal davon, „daß man gute Suppen verteilt“ und dadurch bewiesen, daß man ein warmes Herz für die Notleidenden habe. Das erkennt die Versammlung als einen Hohn auf das herrschende Elend an. Die Versammlung wiederholt noch einmal ihre Verurteilung vom 24. November v. J., daß die heisigende Klasse nicht weiß oder nicht wissen will, wie die Armen leben.

— Nothstandsarbeiten. Der Stadtverordneten-Versammlung wird am Donnerstag eine neue Vorlage betr. Nothstandsarbeiten vorliegen. In Aussicht genommen sind, wie wir bereits heute in der Lage sind mitzuteilen, zunächst die nachstehenden Arbeiten, bei welchen jedesmal der Betrag der veranschlagten Kosten vermerkt ist: 1. Ausschuttungen im Stadtpark 1500 Mark; 2. Zustandhebung der Schuttabladeplätze auf dem Rotenhorn 4800 Mark; 3. Rigolen der Rajenstreifen in den ältesten Gruppen auf dem Neuhewerwerder 2500 Mark; 4. Ausschuttungen und Nachpflanzungsarbeiten im Herrenring 2550 Mark; 5. Abtreiben von Gerümpel auf den Herrenringwiesen 650 Mark, zusammen 12 000 Mark. Zu diesen unter der Leitung der Gartenverwaltung auszuführenden Arbeiten treten noch hinzu die seitens des Friedhofs-Ausschusses empfohlenen, in besonderer Vorlage behandelten Arbeiten auf dem Nordfriedhofe (6700 Mark). — Das ist zwar nicht viel für 2800 Arbeitslose, allein etwas besser wie gar nichts. —

— Weitere Nothstandsarbeiten. Nachdem die parkmäßige Ausgestaltung des Feldes 3 im hiesigen städtischen Nordfriedhofe bereits im vorigen Jahre erfolgt ist, schlägt der Friedhofs-Ausschuß vor, die parkmäßige Aufschließung des Feldes 4, sowie der freigewordenen Gräberflächen der Felder 5, 2, 1a und 2a im genannten Friedhofe nunmehr ebenfalls vorzunehmen.

Die Arbeiten sollen, soweit Handarbeiten in Frage kommen, als Nothstandsarbeiten behandelt werden. Die Ausführung der parkmäßigen Ausgestaltung erfordert nach dem Kostenausschlag insgesamt 6700 Mark, wobei der Betrag von 700 Mark als Ausgleich für Minderleistung durch ungeübte Arbeiter in Ansatz gebracht ist.

Zweckmäßig wird bei Vornahme der Erarbeiten auch die Wasserleitung zwecks Errichtung der Hydranten hergestellt. Laut dem Kostenausschlag entstehen hierdurch weitere 2900 Mark Kosten. Auch diese sollen von der Stadtverordneten-Versammlung gefordert werden. —

— Wer hat die Leiche Krupps gesehen? In unsere Buchhandlung kam heute ein vornehm gekleideter Herr, der die „Vorwärts“-Nummer vom vorigen Donnerstag kaufen wollte. Der Herr erklärte, in dieser Nummer hätte gestanden, daß derjenige, der nachweisen könne, daß er die Leiche Krupps gesehen habe, 50 000 Mark erhalten solle. Es sei denn auch sehr auffallend, daß niemand die Leiche gesehen habe, daß sie — entgegen allem bisherigen Brauch — nicht ausgestellt, aufgehängt usw. sei und daß wohl mit Recht dieserhalb allerlei Gerüchte über die Todesursache Krupps auch in den Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft vollen Glauben fänden. Man sieht: Es ist über die Affäre Krupps nicht

so mythisch, als daß es nicht auch in den Reihen unserer Gegner Gläubigen fände, denn im „Borio“ hat natürlich von der 50 000 Mark-Geschichte kein Wort gestanden. —

— Wetterling, der entprungene Dieb, ist wieder eingefangen worden. Gleichzeitig wurden noch zwei andre Personen festgenommen, die vermutlich an den von den Gebr. Wetterling ausgeführten Einbruchsdiebstählen in der Neustadt beteiligt sind. —

Gerichts-Beitrag.

Kriegsgericht Magdeburg.

Sitzung vom 21. Januar 1903.

Vorsitzender: Oberkriegsgerichtsrat Fischer.

Angelagt sind 1. der Musikstetier Frische von der 13. Kompanie und 2. Musikstetier Held von der 9. Kompanie des 27. Inf.-Regiments. — Als Verteidiger fungieren für Frische Oberleutnant Boufac, für Held Oberleutnant Rath. — Vertreter der Angelegenheit ist Kriegsgerichtsrat Richard.

Frische und Held haben am 11. Oktober abends nach vorheriger Verabredung ihr Regiment in Halberstadt verlassen; Frische, weil ihm der Dienst zu streng war, Held, weil ihm eine zu schlechte Behandlung zu teil geworden sei. Beide haben sich des Offiziers ihre Not geklagt und waren der Meinung, daß, wenn sie sich auf kurze Zeit von der Truppe entfernt hätten und dann zurückgekehrt, sich die Behandlung bessern würde. Um nicht ohne Geld zu sein, beschloßen beide, den nächsten Löhnungstag abzuwarten. Am Abend des 11. Oktober haben sie ihr Vorhaben ausgeführt, nachdem sie sich erst von ihren Kameraden unter dem Vorgeben, Bären aus der Stadt mitzubringen, kleinere Geldbeträge erschwatelt hatten. Nach sechsstündiger Zerrfabren im Mühlenthor haben sich die Angeklagten in Celle in der Wohnung des Gendarmen Grube gemeldet und sich als Deserteure bezeichnet. Da Grube nicht zugegen war, sind sie weiter gegangen und sind dann schließlich bei einem Gutbesitzer Müller in Wasserwinkel, bei dem sie sich ebenfalls als Deserteure bezeichnet hatten, ihre Veranlassung festgenommen.

Beide Angeklagte sind durch Urteil des Kriegsgerichts wegen Fahnenflucht, Komplot, Unbrauchbarmachung von Dienstgegenständen und Betrug, Frische zu 1 Jahr und Held zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil haben der Kriegsherr und die beiden Angeklagten rechtzeitig Berufung eingelegt. Letztere bestritten, sich fahnenflüchtig gemacht zu haben, da sie sich selbst gestellt hätten. Die Strafe sei deshalb zu hoch bemessen.

In der heutigen Verhandlung wird der Fallbestand im allgemeinen von den Angeklagten zugegeben. Zeuge Gutbesitzer Müller gibt an, daß er die Ueberzeugung gehabt habe, Frische und Held wollten sich festnehmen lassen. Er — Müller — habe dann den Gendarm geholt und die Festnahme veranlaßt. — Der Vertreter der Anklage beantragt, die Berufung des Kriegsherrn wie die der Angeklagten zu verwerfen. Das Motiv der Selbststellung müsse nach den Aussagen des Zeugen Müller als vorhanden angesehen werden. — Der Verteidiger des Held schließt sich in allen Punkten den Ausführungen des Vertreters der Anklage an. Die Verurteilung des Held: „Es ist zum Beglaufen!“ sei nicht so tragisch zu nehmen. Auch ist Held nicht als Missethäter zu bezeichnen, da Frische ihm gewissermaßen auf halbem Wege entgegenkam. Der Verteidiger ersucht, die Strafmiterungsentgangem. Der Verteidiger für Held eine Gesamtschuld von 6 1/2 Monaten. Der Verteidiger für Frische hält seinen Klienten für verführt. In Anbetracht der geringen geistigen Fähigkeiten Frisches beantrage er eine Gesamtschuld von 8 Monaten 1 Tag Gefängnis.

Das Urteil des Oberkriegsgerichts lautet: Die Berufung des Kriegsherrn wie die der Angeklagten wird verworfen. Es bleibt also bei dem erstinstanzlichen Urteil, nach welchem Frische zu 1 Jahr, Held zu 14 Monaten Gefängnis und beide mit Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft wurden. — Die Angeklagten behalten sich das Recht der Revision noch vor.

Letzte Nachrichten.

(Herold, Debeschen-Bureau)

Frankfurt a. M., 21. Januar. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Tanger: Die französische Militärkommission, die in Sarache weilte, wurde beordert, ihren Weg nach Fez fortzusetzen. Von Sarache gingen nach Fez 100 Kavaliere mit Munition ab. Die allgemeine Situation hat sich gebessert. Die Preise für Lebensmittel sind nur noch halb so hoch wie in der vergangenen Woche, weil der Sultan die Gelber pünktlich zahlt. —

Frankfurt a. M., 21. Januar. Aus Paris meldet die „Frankf. Ztg.“: Dem „Temps“ zufolge hat der Ministerpräsident bis jetzt 1200 Gesuche um Autorisation von Kongregationen abgelehnt. —

Frankfurt a. M., 21. Januar. Aus Paris meldet die „Frankf. Ztg.“: Jaures, dem durch Schluß der Debatte gestern das Wort abgenommen wurde, wird nächsten Freitag bei der Interpellations-Debatte über die politische Agitation in der Armee Gelegenheit nehmen, auf die letzte Rede Deschanelles zu antworten. —

München, 21. Januar. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet: Der Manufaktur-Großhändler Stern in Bamberg ist unter Hinterlassung großer Schulden plötzlich geworden. Bedeutende Wechselreize sind entdeckt worden, Passiven circa 100 000 Mark. —

Paris, 21. Januar. Das Hilfskomitee für die bretonischen Fischer hat sich gestern in Nummer versammelt und beschloßen, sofort für 100 000 Franz. Lebensmittel zu verteilen. Hiermit soll bereits heute begonnen werden. In jeder Gemeinde soll der Bürgermeister, ein Mitglied des Hilfskomitees und ein Delegierter der notleidenden Fischer die Verteilung vornehmen. —

Merseburg, 21. Januar. (Fig. Draht.) In der letzten Nacht entgleiste bei Numendorf ein Güterzug. Von dem Zuge, welcher in drei Teile zerfiel, wurden fünf Wagen zertrümmert. Der Schaden ist bedeutend. —

Frankfurt a. M., 21. Januar. (Fig. Draht.) Der Gattenmörder Theodor Klobbach wurde von der Polizei in der Schäfergasse festgenommen. —

Marseille, 21. Januar. (Fig. Draht.) Zwei im Hafen beschäftigte Arbeiter wurden gestern nachmittags infolge Bruchs einer Kette von einer 2000 Kilo schweren Last zerquetscht. Einer der Arbeiter hinterläßt eine Frau und fünf Kinder. —

Briefkasten.

E. S. Burg. Wenn eine Witwe ihr Mobiliar auf 10 Jahre bei einer Feuerversicherung versichert hat, bleibt sie an diesem Betrag auch gebunden, wenn sie sich auf neue versichert und durch irgend welche formellen Abmachungen der Mann als Eigentümer des Mobiliars gilt. —

